SOZIALBERICHT 2019



Impressum

Herausgeber:

Stadt Dinslaken Der Bürgermeister Vorstandsbereich II Platz d'Agen 1 46535 Dinslaken

Redaktion:

Stabsstelle II.70 Sozial- und Jugendhilfeplanung Maik Runberger Wilhelm-Lantermann-Straße 65 46535 Dinslaken

Einführung	5
1. Gesamtstädtische Rahmenbedingungen	7
Bevölkerung – damals, heute, morgen	
Aktuell	
Entwicklung	
Bevölkerung morgen	
Arbeitsmarkt	
Soziale Kontexte	
Wanderungen	15
2. Sozialstrukturelle Ungleichheiten in den Dinslakener Siedlungsbezirken	17
Ortsprofile	17
Ortsprofil Innenstadt	19
Ortsprofil Averbruch	21
Ortsprofil Hagenviertel	23
Ortsprofil Eppinghoven	25
Ortsprofil Lohberg	27
Ortsprofil Blumenviertel	29
Ortsprofil Feldmark / Bruch	31
Ortsprofil Oberlohberg	33
Ortsprofil Hiesfeld	35
Index sozialer Belastung	36
3. Vertiefungsthema: Wohnen in Dinslaken	39
Exkurs: Ergebnisse aus dem Handlungskonzept Wohnen und weitergehende Befunde	39
Wohnungsbestand	39
Markt für Wohneigentum	40
Markt für freifinanzierte Mietwohnungen	40
Markt für öffentlich geförderte Mietwohnungen	41
Fazit und Ausblick	46
Wohnen in Dinslaken – Herausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten für ausgewählte Bevölkerungsgruppen	
SeniorInnen und Menschen mit Behinderung	
Alleinerziehende	
Menschen mit Fluchthintergrund	
4. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	59
Zusammenfassung	59
Gesamtstädtische Rahmenbedingungen	59
Sozialstrukturelle Ungleichheiten in den Dinslakener Siedlungsbezirken	60
Vertiefungsthema: Wohnen in Dinslaken (Ergebnisse aus dem HK Wohnen und weitergehen Befunde)	nde

Vertiefungsthema: Wohnen in Dinslaken (Herausforderungen und Unterstützun für ausgewählte Bevölkerungsgruppen)	
Handlungsempfehlungen auf Grundlage der quantitativen Befunde	63
Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Interviews	63
Ältere Menschen und Menschen mit Behinderung	63
Alleinerziehende	65
Menschen mit Fluchthintergrund	66
Abbildungsverzeichnis	67

Einführung

Der hier vorliegende Sozialbericht 2019 markiert einen weiteren und wichtigen Schritt für die bereits seit dem Jahr 2000 bestehende und etablierte Sozialberichterstattung der Stadt Dinslaken. Dabei behält er seine bewährte Struktur bei. Neben der vergleichenden Analyse "klassischer" Kennzahlen der Sozialberichterstattung auf Ebene der Gesamtstadt und der Siedlungsbezirke widmet sich der Sozialbericht auch in diesem Jahr wieder einem Vertiefungsthema – "Wohnen in Dinslaken". Vor allem die aktuelle Bedeutung des Themas "Wohnen", sichtbar auch durch die vielen Berichte über angespannte Wohnungsmärkte, massiven Wohnraummangel, Mietpreisexplosionen etc., haben zur Auswahl des Vertiefungsthemas für den aktuellen Sozialbericht geführt.

Ziel ist es einmal mehr, Transparenz herzustellen, um unter anderem folgende Fragen beantworten zu können: Wie ist es um unsere Stadt insgesamt bestellt? Wie hat sich Dinslaken in den letzten Jahren in Bezug auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt entwickelt? Und was sagt uns der Blick auf einzelne Siedlungsbezirke unserer Stadt? Wo stehen wir gut da und wo sollten wir künftig genauer hinsehen? Auf diese und weitere Fragen gibt der Sozialbericht Antworten. Damit schafft er eine datenbasierte Grundlage für politische, aber auch fachliche Diskussionen und künftige Entscheidungen. Überdies gibt der Sozialbericht erste Handlungsempfehlungen. Wichtig ist dabei, nicht mit der "Gießkanne" zu fördern, sondern gemäß dem Prinzip "Ungleiches ungleich behandeln" die richtigen Hilfen dort zu installieren, wo sie benötigt werden.

Das erste Kapitel dient der Beschreibung der gesamtstädtischen Rahmenbedingungen, unter denen sich das Leben in Dinslaken abspielt. Dazu zählen etwa die Bevölkerungsstruktur Dinslakens inklusive der Wanderungsbewegungen sowie die Situation am Arbeitsmarkt.

Im zweiten Kapitel richtet sich der Blick auf die Siedlungsbezirke, die anhand von sogenannten Ortsprofilen mit ausgewählten Kennzahlen beschrieben werden. Anschließend geht es darum, die einzelnen Siedlungsbezirke sowohl untereinander als auch mit der gesamtstädtischen Ebene auf Grundlage dieser Kennzahlen zu vergleichen. Auf diese Weise gelingt es, soziale Ungleichheiten räumlich zu verorten und Aussagen über spezifische Lebensbedingungen in unseren Siedlungsbezirken zu treffen.

Das dritte Kapitel befasst sich mit dem Vertiefungsthema "Wohnen in Dinslaken". Zunächst werden in diesem Zusammenhang die wichtigsten Ergebnisse des Ende 2018 für Dinslaken erstellten "Handlungskonzeptes Wohnen" zusammengefasst, um eine erste Einschätzung des hiesigen Wohnungsmarktes wiederzugeben. Als Ergänzung dazu werden neue Daten zur Verteilung der öffentlich geförderten Wohnungen in den Dinslakener Siedlungsbezirken präsentiert, die eine erste Grundlage für künftige Entscheidungen zur Verortung neuen öffentlich geförderten Wohnraums in Dinslaken bilden. Im Anschluss daran gilt es, jene vom Handlungskonzept nicht bearbeiteten Aspekte des Themas genauer zu beleuchten, die gerade aus Sicht der Sozialplanung wichtig sind. Dazu zählen in erster Linie Fragen nach den Auswirkungen eines angespannten Wohnungsmarktes auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen und ihren Lebensalltag.

Im letzten Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse des Sozialberichtes zusammengefasst und Handlungsempfehlungen gegeben. Diese Handlungsempfehlungen zielen darauf ab, den negativen Auswirkungen angespannter Wohnungsmärkte sowohl für den Einzelnen als auch für die Stadtgesellschaft im Ganzen entgegenzuwirken. Sie stehen dabei im Einklang mit der vom Rat am 28.06.2018 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Dinslaken und den darin formulierten Zielen für eine nachhaltige Entwicklung.

Für die Erstellung des vorliegenden Sozialberichtes wurden unterschiedliche Datenquellen genutzt, die an den entsprechenden Stellen kenntlich gemacht wurden. Wichtig in diesem Zusammenhang war es, möglichst aktuelle Daten zu verwenden. Dies ist größtenteils erreicht worden. Neben der Erhebung quantitativer Daten im Sinne reinen Zahlenmaterials wurden zur Bearbeitung des Vertiefungsthemas auch qualitative Daten über Interviews mit wichtigen Akteuren aus der Praxis erhoben und ausgewertet. An dieser Stelle sei sämtlichen InterviewpartnerInnen noch einmal für ihre Mitarbeit gedankt.

Zu guter Letzt: Der Sozialbericht der Stadt Dinslaken versteht sich seit jeher auch als Forum für die Belange der Schwächsten in unserer Stadtgesellschaft. Diesem Anspruch möchte er auch diesmal gerecht werden, indem er ausdrücklich deren Perspektiven einnimmt.

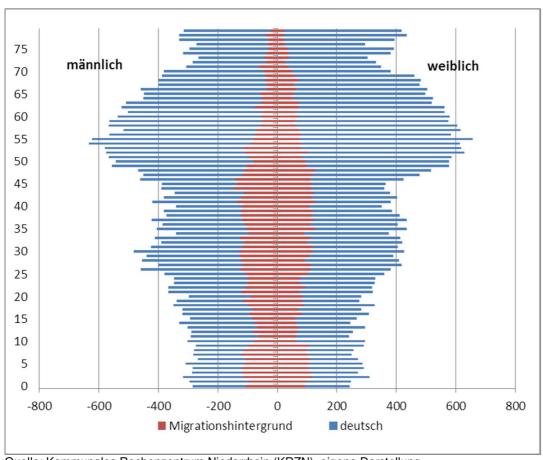
1. Gesamtstädtische Rahmenbedingungen

Im Folgenden wird nun eine Beschreibung von Dinslaken insgesamt anhand unterschiedlicher Daten und Themen vorgenommen. Neben der Darstellung wichtiger Bevölkerungsdaten werden Daten zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, zum SGB-II Bezug sowie zu Wanderungsbewegungen präsentiert, um eine erste Orientierung in Bezug auf die hiesigen Lebensumstände zu ermöglichen.

Bevölkerung – damals, heute, morgen

Aktuell

Abbildung 1: Altersaufbau der Dinslakener Bevölkerung im Jahr 2018 (Stichtag 31.12.) nach Altersjahren, Geschlecht und Migrationshintergrund



Quelle: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), eigene Darstellung.

Anmerkungen: Die Altersjahrgänge ab 80 Jahren konnten leider bis zur Fertigstellung des Berichtes nicht mehr in der Bevölkerungspyramide dargestellt werden. Die Anzahl der über 80 jährigen Personen insgesamt beläuft sich auf 4.755 (männlich: 1.784; weiblich: 2.971). In der Einwohnermeldestatistik kann der Migrationshintergrund über das Konzept der Staatsangehörigkeit abgebildet werden. Demnach haben die hier abgebildeten Personen einen Migrationshintergrund bei folgenden Konstellationen der Staatsangehörigkeit: 1. Staatsangehörigkeit nicht deutsch oder 1. Staatsangehörigkeit deutsch, 2. Staatsangehörigkeit nicht deutsch oder 1. Staatsangehörigkeit, Staatsangehörigkeit ehemals: nicht deutsch.

Das Bild einer klassischen Bevölkerungspyramide gehört auch in Dinslaken bereits seit geraumer Zeit der Vergangenheit an (vgl. etwa den Sozialbericht 2013 oder den Bildungsbericht 2018). Mit Blick auf Abbildung 1 bestätigt sich dies auch für das Jahr 2018. Gerade die Altersjahrgänge der 50- bis 65-Jährigen fallen aufgrund ihrer schieren Anzahl in Dinslaken auf. Nicht sonderlich überraschend, aber dennoch auffällig ist die höhere Anzahl der weiblichen Bevölkerung in den noch älteren Altersjahrgängen. Fakt ist: Mit zunehmendem Alter bilden sich in der Bevölkerung besondere Unterstützungsbedarfe aus. Im Kontext kommunaler Planungsansätze, sei es im Bereich der Stadtentwicklung, der Altenhilfe- oder der Sozialplanung, muss dies bereits jetzt in besonderer Weise Berücksichtigung finden.

Am Ende des Jahres 2018 leben in Dinslaken laut kommunalem Rechenzentrum 68.446 Menschen. 51,4% davon sind weiblichen Geschlechts. Wie sich die Bevölkerung auf die einzelnen Siedlungsbezirke verteilt, zeigt die folgende Abbildung¹:

18.000 25.0% 22.4% 16.000 20,0% 14.000 17,5% 12.000 15,0% 10.000 12,1% 9,9% 9,2% 8.000 8,5% 15<mark>.3</mark>05 10,0% 7,4% 6,4% 6.000 11<mark>.98</mark>2 5.8% 4.000 <mark>83</mark>6 6.<mark>30</mark>8 6<mark>.79</mark>8 5,0% 5. 2.000 3 0,0% Fashnark Bruch Lohbers

Abbildung 2: Bevölkerung in Dinslaken im Jahr 2018 nach Siedlungsbezirken (absolut und in % bezogen auf die Gesamtbevölkerung der Stadt) (Stichtag 31.12.)

Quelle: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), eigene Berechnungen und Darstellung.

Mit Abstand die bevölkerungsreichsten Siedlungsbezirke sind weiterhin Feldmark/Bruch und Hiesfeld. Sie machen insgesamt einen Anteil von rund 40% der gesamten Bevölkerung aus, was über 27.000 EinwohnerInnen entspricht.

¹ Nähere Informationen zu den einzelnen Siedlungsbezirken finden sich in Kapitel 2.

Neben dem Blick auf den Bestand an EinwohnerInnen ist es ratsam, sich zudem die Entwicklung der Einwohnerzahlen anzusehen. Deuten sich Trends an und wenn ja, in welche Richtung? Zu diesen und weiteren Fragen wird der folgende Abschnitt Auskunft geben.

Entwicklung

Die Bevölkerungszahlen in Dinslaken insgesamt sind im Zeitraum der letzten fünf Jahre durchaus stabil und pendeln um rund 68.500 EinwohnerInnen. Auch auf Ebene der Siedlungsbezirke kann eine vergleichsweise stabile Entwicklung festgestellt werden. Lediglich im Averbruch und im Hagenviertel zeigen sich in diesem Zeitraum Veränderungsraten von über 3%, wobei der Averbruch EinwohnerInnen um rund 5% verloren und das Hagenviertel EinwohnerInnen um rund 7% gewonnen hat.

Betrachtet man die gerade für die Sozial-, Jugendhilfe- und Altenhilfeplanung relevanten Altersbereiche der 0- bis unter 25-Jährigen und der über 65-Jährigen, lässt sich eine derartig stabile Entwicklung nicht feststellen. So hat sich die Anzahl der 0- bis unter 25-Jährigen im Vergleich zum Jahr 2014 um gut 3% bzw. rund 420 Personen reduziert. Die Anzahl der EinwohnerInnen über 65 Jahren steigt im Beobachtungszeitraum kontinuierlich an und ist seit 2014 um rund 8% gestiegen, was einer Zunahme um rund 1.200 Personen entspricht (Abbildung 3).

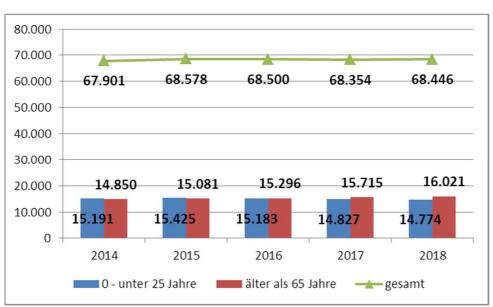


Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung in Dinslaken (Stichtag 31.12.)

Quelle: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), eigene Berechnungen und Darstellung.

Die Bevölkerungszahlen in den beiden oben betrachteten Altersbereichen geben einen ersten Hinweis auf die grundsätzliche Menge an Adressaten sozial-, jugendhilfe- sowie altenhilfeplanerischer Angebote und Unterstützungen. Diese beziehen sich jedoch gemeinhin auf noch weiter ausdifferenzierte Alterssegmente, deren Entwicklung daher im Folgenden betrachtet wird (Abbildung 4).

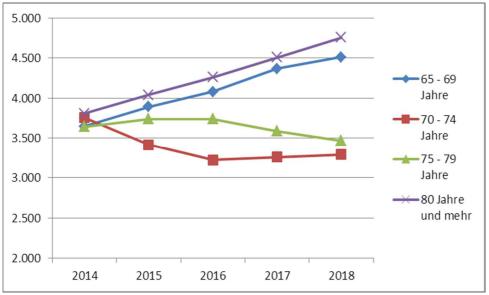
5.000 0 - 2 4.500 Jahre 4.000 3 - 5 3.500 Jahre 3.000 **-**6-9 Jahre 2.500 10 - 15 2.000 Jahre 1.500 16 - 18 1.000 Jahre 500 19 - 24 Jahre 0 2014 2015 2016 2017 2018

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in Dinslaken (Stichtag 31.12.) nach ausgewählten Altersgruppen unter 25 Jahren

Quelle: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), eigene Darstellung.

Die Abbildung für die Altersklassen der unter 25-Jährigen offenbart zweierlei: Zunächst einmal hat sich der bereits im Bildungsbericht angedeutete Trend in den jüngsten beiden Altersklassen etabliert. Die Steigerungen liegen hier bei 13% (0 bis 2 Jahre) bzw. rund 12% (3 bis 5 Jahre) im Vergleich zum Jahr 2014. Die drei ältesten Altersklassen hingegen weisen zum Jahr 2014 sinkende Zahlen auf (19 bis 24 Jahre: - 11%; 16 bis 18 Jahre: - 9%; 10 bis 15 Jahre: - 3,5%).

Abbildung 5: Bevölkerungsentwicklung in Dinslaken (Stichtag 31.12.) nach ausgewählten Altersgruppen über 65 Jahren



Quelle: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), eigene Darstellung.

Die Entwicklung der Altersklassen der über 65-Jährigen ist bemerkenswert. Im hier gesetzten Ausgangsjahr 2014 wiesen alle vier dargestellten Altersklassen noch ein sehr ähnliches Niveau auf. Seitdem haben sie sich jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Gerade die Altersklassen der 80 Jahre und älteren sowie der 65- bis 69-Jährigen sind im hier betrachteten Zeitraum sehr stark, nämlich um rund 25% bzw. rund 24%, angestiegen. In absoluten Zahlen zeigt sich hier eine Steigerung um rund 950 (> 80 Jahre) bzw. rund 870 Personen (65 bis 69 Jahre). Verluste von rund 12% bzw. 5% weisen hingegen die beiden Altersklassen des achten Lebensjahrzehntes auf.

Auffällig ist in diesen Altersklassen auch das quantitative Geschlechterverhältnis. Abbildung 6 zeigt, dass die Anzahl der Frauen bei den Personen im Alter von über 65 Jahren im hier betrachteten Zeitraum im Durchschnitt mit über 2.000 Personen deutlich über der entsprechenden Anzahl der Männer liegt. Dieser Befund erklärt sich durch die höhere Lebenserwartung von Frauen und sollte bei entsprechenden Planungen Berücksichtigung finden.

10.000 9.060 8.896 8.700 8.550 9.000 8.000 6.961 6.819 6.596 6.530 7.000 6.000 männlich 5.000

Abbildung 6: Entwicklung der Bevölkerung über 65 Jahren in Dinslaken nach Geschlecht

2017 Quelle: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), eigene Berechnungen und Darstellung.

Bevölkerung morgen

2015

2016

4.000 3.000 2.000 1.000

0

Eine wichtige Datenguelle zur Darstellung künftiger Bevölkerungsentwicklungen ist die sogenannte "Gemeindemodellrechnung" des statistischen Landesamtes. Da zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Sozialberichtes keine aktualisierte Gemeindemodellrechnung vorliegt, muss an dieser Stelle auf jene zurückgegriffen werden, die bereits als Grundlage für die entsprechenden Kapitel im Bildungsbericht sowie im Handlungskonzept Wohnen verarbeitet wurde (Basisvariante). Danach ist bis zum Jahr 2040 in Dinslaken mit folgender Entwicklung zu rechnen (vgl. Handlungskonzept Wohnen Dinslaken, S. 57ff.):

2018

weiblich

Im Vergleich zum Jahr 2014 wird die Bevölkerung in Dinslaken bis 2040 insgesamt um rund 3% bzw. rund 1.900 EinwohnerInnen zurückgehen. Die unterschiedlichen Altersklassen werden sich jedoch nicht gleichmäßig entwickeln. So ist für die Altersklassen der unter 60-Jährigen mit teils sehr starken Verlusten zu rechnen (z.B. 18 bis unter 30 Jährige: - 26%; 45 bis unter 60 Jährige: - 21%), wohingegen die Altersklasse der älter als 75-Jährigen im Prognosezeitraum bis 2040 um 68% bzw. 5.300 Personen ansteigen soll. Eine derartige Entwicklung hat auch massive Auswirkungen auf den lokalen Wohnungsmarkt.

Arbeitsmarkt

Eine angemessene Beschreibung gesamtstädtischer Rahmenbedingungen darf sich nicht nur auf die demografische Situation beschränken. Vielmehr müssen darüber hinaus auch Aussagen zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Kommune getroffen werden. Auf diese Weise lassen sich dann erste Einschätzungen hinsichtlich der Frage treffen, wie gut es um eine Kommune insgesamt bestellt ist. Zunächst wird in diesem Zusammenhang die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dinslaken dargestellt (siehe Abb. 7). Anschließend wird dann die Arbeitslosigkeit in Dinslaken betrachtet, um Hinweise auf soziale Belastungen und Probleme zu erhalten.

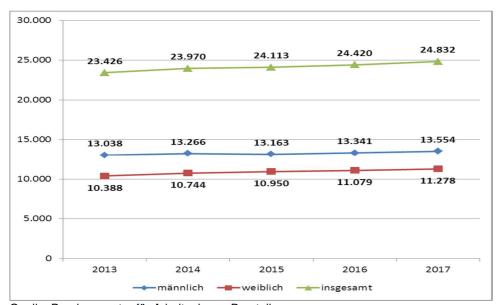
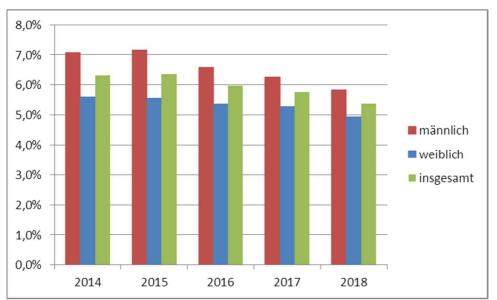


Abbildung 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Dinslaken im Zeitverlauf (Stichtag 31.12.)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung. Anmerkung: Daten inklusive geringfügig Beschäftigter.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dinslaken ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Im Vergleich zum Jahr 2013 ist eine Steigerung von rund 6% bzw. rund 1.400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Wie der Abbildung zu entnehmen ist, ist dieser Anstieg gerade der gewachsenen Erwerbstätigkeit bei den Frauen geschuldet. Dennoch sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen weiterhin groß.

Abbildung 8: Arbeitslosenrate in Dinslaken im Zeitverlauf und nach Geschlecht



Quelle: IT.NRW (Stichtag 31.12.) sowie Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen und Darstellung. Anmerkung: Die Arbeitslosen<u>rate</u> unterscheidet sich von der klassischen Arbeitslosen<u>quote</u>, welche die Arbeitslosen auf die Zahl der zivilen Erwerbstätigen und Arbeitslosen bezieht. Die Zahl der zivilen Erwerbstätigen ist auf Gemeindeebene jedoch nicht verfügbar, weshalb hier auf die Arbeitslosenrate zurückgegriffen wird.

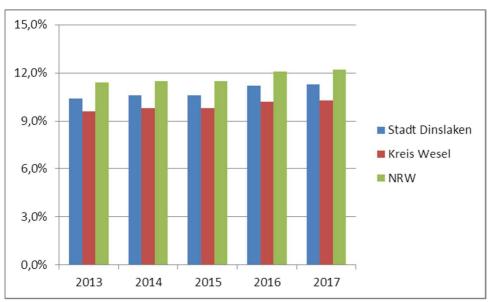
<u>Lesehilfebeispiel:</u> Am 31.12.2014 lag der Anteil der arbeitslosen Männer an allen Männern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Dinslaken bei 7,1%.

In Dinslaken ist die Arbeitslosenrate in den vergangenen Jahren weiter gesunken. Im Jahr 2018 ist sie insgesamt mit 5,4% so niedrig wie nie zuvor im hier betrachteten Zeitraum. Absolut betrachtet sind im Jahr 2018 2.325 Personen in Dinslaken arbeitslos (2014: 2.795). Männer weisen eine durchweg höhere Rate auf als Frauen. Für beide Geschlechter ist jedoch ein Absinken der Rate in den letzten Jahren erkennbar.

Soziale Kontexte

Eine weitere wichtige Kennzahl, um soziale Belastungen bzw. Risikolagen anzuzeigen, ist die SGB-II Quote. Wie sich diese in den letzten Jahren, auch im Vergleich zu anderen regionalen Einheiten, in Dinslaken entwickelt hat, zeigt die folgende Abbildung:

Abbildung 9: SGB II-Quoten in Dinslaken, im Kreis Wesel und in NRW im Zeitverlauf in %



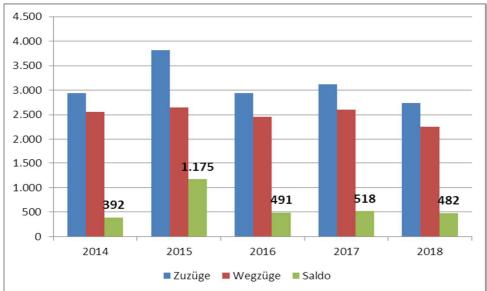
Quelle: IT.NRW (Stichtag 31.12.) sowie Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen und Darstellung.

Die Abbildung zeigt eine relativ stabile Entwicklung der SGB II-Quote in Dinslaken, die in den hier betrachteten Jahren um die 11% pendelt und etwas über dem Kreis, aber unter dem Landesdurchschnitt liegt. Im Vergleich zur sinkenden Arbeitslosenrate und dem Anstieg bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist die Entwicklung bei der SGB II-Quote in Dinslaken eher negativ. Eine Erklärung dafür ist über die für diesen Bericht zur Verfügung stehenden Daten nicht zu liefern. Plausibel ist jedoch die Annahme, dass sich hinter den steigenden Beschäftigtenzahlen vor allem prekäre Beschäftigungsverhältnisse verbergen, die ein "Aufstocken" im Rahmen des SGB II weiter nötig machen ("Arm trotz Arbeit"). Auch die steigende Zahl anerkannter Flüchtlinge und der damit einhergehende Rechtskreiswechsel dieser Bevölkerungsgruppe vom Asylbewerberleistungsgesetz hin zum SGB II kann eine Erklärung für die Entwicklung sein.

Wanderungen

Die Darstellung gesamtstädtischer Rahmenbedingungen kann, gerade mit Blick auf das Vertiefungsthema "Wohnen in Dinslaken", nicht ohne die Betrachtung der Wanderungsbewegungen auskommen. Dabei interessiert auf gesamtstädtischer Ebene in erster Linie das Verhältnis von Fort- und Zuzügen über die Stadtgrenzen hinaus, zumal dieses Verhältnis Hinweise auf die Attraktivität von Dinslaken gibt. Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung in den letzten Jahren auf:

Abbildung 10: Wanderungsbewegungen in Dinslaken im Zeitverlauf (Stichtag 31.12.)



Quelle: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), eigene Berechnungen und Darstellung.

Bereits im ersten Bildungsbericht der Stadt Dinslaken wurde im Zeitraum von 2012 bis 2016 ein durchgehend positiver Wanderungssaldo festgestellt, d.h. die Anzahl der Zuzüge überwiegt die Anzahl der Fortzüge. Mit Blick auf die Zahlen der Jahre 2017 (+518) und 2018 (+482) zeigt sich nun, dass diese Entwicklung weiter anhält. Dinslaken war und ist somit eine Zuzugsstadt.

2. Sozialstrukturelle Ungleichheiten in den Dinslakener Siedlungsbezirken

Ortsprofile

Für die Sozialberichterstattung in Dinslaken war und ist es wichtig, neben der gesamtstädtischen auch die Siedlungsbezirksebene in den Blick zu nehmen, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich gesamtstädtische Durchschnittswerte genauso auch in den Siedlungsbezirken widerspiegeln.

Der vorliegende Sozialbericht wird einmal mehr auf die Darstellung von sogenannten Ortsprofilen für die Dinslakener Siedlungsbezirke zurückgreifen.² Diese Form der Darstellung ermöglicht es zum einen, Hinweise über Zusammenhänge zwischen einzelnen Kennzahlen zu erhalten. Zum anderen liefern die Ortsprofile erste, wenngleich noch sehr allgemeine, Hinweise auf mögliche Unterstützungsbedarfe. Die Methode hinter den Ortsprofilen stellt sich folgendermaßen dar: Für die Kennzahlen wird in einem ersten Schritt ein Durchschnittswert gebildet, der die gesamtstädtische Ebene abbildet. Diese Durchschnittswerte werden gleich 100 gesetzt. Anschließend wird für jeden Siedlungsbezirk und jede Kennzahl die Abweichung vom gesamtstädtischen Wert ermittelt und in Form eines Balkendiagramms, der Ortsprofile, dargestellt. Die Vergleichbarkeit der Ortsprofile des vorliegenden Sozialberichtes mit früheren Ortsprofilen ist möglich, wenngleich mit Einschränkungen, da teilweise andere Kennziffern sowie andere Definitionen zur Erstellung der Profile genutzt wurden. Vier der hier genutzten Kennziffern finden sich in ähnlicher oder gleicher Weise auch in früheren Ortsprofilen (vgl. Sozialbericht 2013).

Die Ortsprofile basieren auf folgenden sechs Kennzahlen, welche auch vor dem Hintergrund des Schwerpunktthemas "Wohnen in Dinslaken" ausgewählt wurden³:

² Für den Siedlungsbezirk Grafschaft wurde kein Ortsprofil erstellt, da die zugrunde gelegten Daten für diesen Siedlungsbezirk nur sehr eingeschränkt zur Verfügung standen.

³ Der Stichtag für sämtliche hier genutzten Daten ist, mit Ausnahme der Daten für die Berechnung der SGB II-Quote (31.12.2017), der 31.12.2018. Die Quelle sämtlicher Bevölkerungsdaten ist das Kommunale Rechenzentrum (KRZN). Für die SGB II-Quote sowie die Arbeitslosenrate wurden zudem Daten aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit genutzt.

Kennzahl	Sinn und Zweck
Quote EinwohnerInnen > 65 Jahre ⁴	Gibt Hinweise über die Bedeutung und besondere
	Nachfrage dieser Gruppe auf d. Wohnungsmarkt →
	Zielgruppe SeniorInnen
Quote EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund ⁵	Gibt Hinweise auf Segregationsprozesse und damit
	einhergehende Folgen für den Spracherwerb: Je
	mehr Menschen mit herkunftssprachlich gleichem
	Migrationshintergrund in einem Stadtteil wohnen,
	desto geringer sind die Anlässe, deutsch zu reden.
Bevölkerungsdichte ⁶	Gibt Hinweise auf die Wohnsituation d. Bevölkerung.
	Eine zu hohe Quote kann sich negativ auf die Le-
	bensqualität auswirken.
Innerstädtische Fluktuationsrate ⁷	Gibt Hinweise auf den Charakter eines Siedlungsbe-
	zirkes → z.B. belastendes Wohnumfeld oder schwa-
	che nachbarschaftliche Bindungen
SGB II-Quote ⁸	Gibt Hinweise auf soziale Problemlagen und Belas-
	tungen sowie Segregationsprozesse.
Arbeitslosenrate ⁹	Gibt Hinweise auf soziale Problemlagen und Belas-
	tungen sowie Segregationsprozesse.

Um die Abweichungen der Siedlungsbezirke vom gesamtstädtischen Wert für die einzelnen Kennzahlen besser einordnen zu können, wird an dieser Stelle dargestellt, welche Werte sich für die Gesamtstadt je Kennzahl ergeben haben:

Abbildung 11: Gesamtstädtische Werte ausgewählter Kennzahlen

Kennzahl	Gesamtstädtischer Wert
Quote EinwohnerInnen > 65 Jahre	23,4%
Quote EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund	20,9%
Bevölkerungsdichte (EW je km²)	1.436,1
Innerstädtische Fluktuationsrate	4,8%
SGB II-Quote	11,2%
Arbeitslosenrate	5,3%

⁴ Berechnung: EinwohnerInnen (EW) über 65 Jahre geteilt durch alle EW. Besser wären an dieser Stelle Haushaltsdaten, da auf dem Wohnungsmarkt Haushalte Wohnungen nachfragen. Diese Daten stehen aber derzeit nicht zur Verfügung, weshalb Bevölkerungsdaten als Orientierung dienen.

⁵ Berechnung: EW mit Migrationshintergrund geteilt durch alle EW.

⁶ Berechnung: EW insgesamt geteilt durch Fläche in km².

⁷ Berechnung: Umzüge innerhalb des Siedlungsbezirkes + Zuzüge aus anderen Siedlungsbezirken geteilt durch EW insgesamt im Siedlungsbezirk.

⁸ Berechnung: Personen im SGB II-Bezug geteilt durch die Bevölkerung im Alter von < 65 Jahren.

⁹ Berechnung: Anzahl der Arbeitslosen geteilt durch die Bevölkerung im Alter von 15 bis < 65 Jahren.

Vor jedem Ortsprofil findet sich ein Datenblatt (Fact Sheet), welches den Siedlungsbezirk in Kurzform anhand einiger ausgewählter Daten beschreibt.¹⁰

Ortsprofil Innenstadt

1. Innenstadt	Kurzdaten
Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Innenstadt: Der Siedlungsbezirk Innenstadt wird durch die Statistischen Bezirke 51-57, 59, 60, 63 und 64 gebildet. Die Einwohnerzahl beträgt 8.302 Personen. 53,4% der EinwohnerInnen in der Innenstadt sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund machen einen Anteil von 23,9% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	8.302 Einwohne- rInnen weiblich: 53,4% männlich: 46,6% Personen mit Mig- rationshintergrund: 23,9%
Arbeitslose: In der Innenstadt leben 444 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind 8,9% der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate). Der Anteil der Innenstadt an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 19,1%.	Gesamtanteil an
SGB II-BezieherInnen: In der Innenstadt beziehen 1.160 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 19,7% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren. Insgesamt leben 20,6% aller SGB II-BezieherInnen Dinslakens in der Innenstadt.	1.160 SGB II-BezieherInnen 19,7% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren. Gesamtanteil an Dinslaken: 20,6%

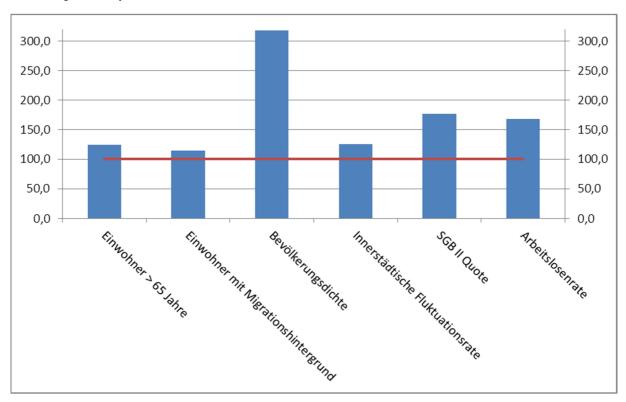
Stand: 31.12.2018

Quellen:

SGB-II: Bundesagentur für Arbeit Arbeitslose: Bundesagentur für Arbeit Einwohner: KRZN, Einwohnerdatei (EWO)

¹⁰ Aufgrund von Umstellungen bei den kleinräumigen Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit werden Daten zur Arbeitslosigkeit und zum SGB-II Bezug nicht mehr nach Geschlecht differenziert geliefert. In den Datenblättern werden daher lediglich Bevölkerungszahlen nach Geschlecht differenziert.

Abbildung 12: Ortsprofil Innenstadt



Für den Siedlungsbezirk Innenstadt fallen unmittelbar zwei Dinge ins Auge. Zum einen weicht dieser Siedlungsbezirk bei allen betrachteten Kennzahlen vom gesamtstädtischen Wert nach oben ab, m.a.W.: Die Werte in der Innenstadt sind bei allen Kennzahlen höher als in Dinslaken insgesamt.

Am auffälligsten ist dies bezogen auf die Bevölkerungsdichte, die den gesamtstädtischen Wert um rund 220% übersteigt. In absoluten Zahlen heißt das: In der Innenstadt wohnen über 4.500 Menschen auf einem Quadratkilometer. Der Wert für die Gesamtstadt liegt dagegen bei 1.436 Menschen pro km². Gravierend sind auch die Abstände der Innenstadt bei der SGB II-Quote sowie der Arbeitslosenrate, die jeweils rund 70% über der gesamtstädtischen Ebene liegen.

Das Ortsprofil der Innenstadt lässt insgesamt den Schluss zu, dass, ganz allgemein gesprochen, hier ein hoher Unterstützungsbedarf seitens der Bevölkerung besteht. Dies ist kein überraschender Befund. Neben dem ersten Bildungsbericht haben auch die letzten Sozialberichte der Stadt Dinslaken auf die besonderen Problemlagen der Innenstadt hingewiesen.

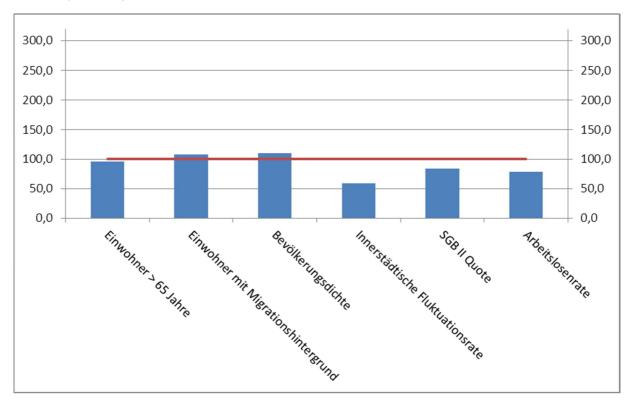
Ortsprofil Averbruch

2. Averbruch	Kurzdaten
Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Averbruch:	6 209 Einwohns
Der Siedlungsbezirk Averbruch wird durch die Statistischen Bezirke 58, 61, 62 und 65-70 gebildet.	6.308 Einwohne- rInnen
Die Einwohnerzahl beträgt 6.308 Personen. 50,6% der EinwohnerInnen im	weiblich: 50,6% männlich: 49,4%
Averbruch sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund machen einen Anteil von 22,5% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	Personen mit Mig- rationshintergrund: 22,5%
Arbeitslose:	
Im Averbruch leben 165 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind 4,1%	165 Arbeitslose
der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate).	
	Gesamtanteil an
Der Anteil des Averbruchs an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 7,1%.	Dinslaken: 7,1%
SGB II-BezieherInnen:	
In Averbruch beziehen 441 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 9% der Bewohner des Stadtteils unter 65 Jahren. Insgesamt leben 7,8% aller SGB II-	441 SGB II-Bezie- herInnen
BezieherInnen Dinslakens im Averbruch.	9% der Bewohne- rInnen des Stadt- teils unter 65 Jah- ren.
	Gesamtanteil an Dinslaken: 7,8%

Stand: 31.12.2018 Quellen:

Bundesagentur für Arbeit Bundesagentur für Arbeit KRZN, Einwohnerdatei (EWO) SGB-II: Arbeitslose: Einwohner:

Abbildung 13: Ortsprofil Averbruch



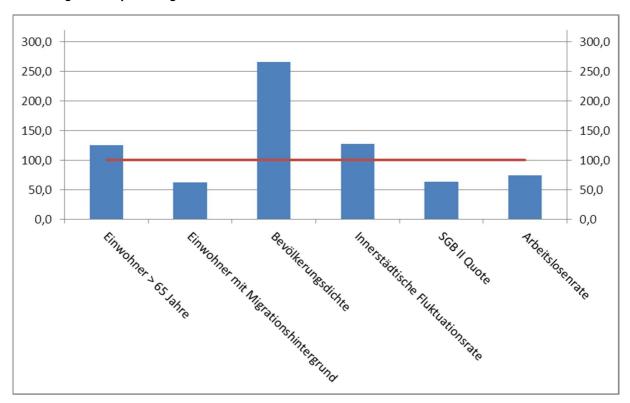
Das Ortsprofil des Averbruchs verortet diesen Siedlungsbezirk mit Blick auf die meisten Kennzahlen als eher positiv und unauffällig im Vergleich zu den gesamtstädtischen Werten. Dieser Befund deckt sich weitestgehend mit anderen Veröffentlichungen der Stadt Dinslaken (vgl. etwa den letzten kommunalen Sozialbericht 2013). Auffallend ist die geringe innerstädtische Fluktuationsrate. Im Vergleich zu den anderen Siedlungsbezirken ist sie die zweitniedrigste.

Ortsprofil Hagenviertel

3. Hagenviertel	Kurzdaten
Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Hagenviertel:	
Der Siedlungsbezirk Hagenviertel wird durch die Statistischen Bezirke 36-39 gebildet.	5.037 Einwohne- rInnen
Die Einwohnerzahl beträgt 5.037 Personen. 52,5% der EinwohnerInnen im	weiblich: 52,5% männlich: 47,5%
Hagenviertel sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund machen einen Anteil von 12,9% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	Personen mit Migrationshintergrund: 12,9%
Arbeitslose:	
Im Hagenviertel leben 118 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind	118 Arbeitslose
3,9% der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate).	Alo-Rate: 3,9%
Der Anteil des Hagenviertels an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 5,1%.	Gesamtanteil an Dinslaken: 5,1%
SGB II-BezieherInnen:	
Im Hagenviertel beziehen 237 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 6,7% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.	237 SGB II-Bezie- herInnen
Insgesamt leben 4,2% aller SGB II-BezieherInnen Dinslakens im Hagenviertel.	6,7% der Bewoh- nerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.
	Gesamtanteil an Dinslaken: 4,2%

Stand: 31.12.2018 Quellen: SGB-II: B Bundesagentur für Arbeit Bundesagentur für Arbeit KRZN, Einwohnerdatei (EWO) Arbeitslose: Einwohner:

Abbildung 14: Ortsprofil Hagenviertel



Wie in der Innenstadt, lässt sich auch für das Hagenviertel eine den gesamtstädtischen Wert übersteigende Bevölkerungsdichte ausweisen. Darüber hinaus muss auf zwei Kennzahlen hingewiesen werden, bei denen das Hagenviertel die höchsten Abweichungen aller Siedlungsbezirke in Bezug auf den gesamtstädtischen Wert zeigt, wenngleich die grafische Darstellung dies nicht unmittelbar erwarten lässt.

Es handelt sich erstens um die Quote der EinwohnerInnen, die älter als 65 Jahre sind. Diese übersteigt den gesamtstädtischen Wert um rund 25%. Der Anteil dieser Personengruppe beläuft sich im Hagenviertel auf fast 30%. Fast jede(r) dritte EinwohnerIn des Hagenviertels ist demnach älter als 65 Jahre. Der entsprechende Anteil für Dinslaken insgesamt liegt bei rund 23%.

Der zweite Spitzenwert findet sich bei der innerstädtischen Fluktuationsrate, welche im Hagenviertel bei 6% liegt und damit den gesamtstädtischen Wert um mehr als ein Viertel überschreitet.

Auffällig sind ferner die jeweils unter den gesamtstädtischen Werten liegenden Quoten des Hagenviertels bei den EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund, der SGB II-Quote sowie der Arbeitslosenrate.

Im Vergleich zum kommunalen Sozialbericht 2013 lässt sich die Gestalt des Ortsprofils für das Hagenviertel als wenig verändert bezeichnen.

Ortsprofil Eppinghoven

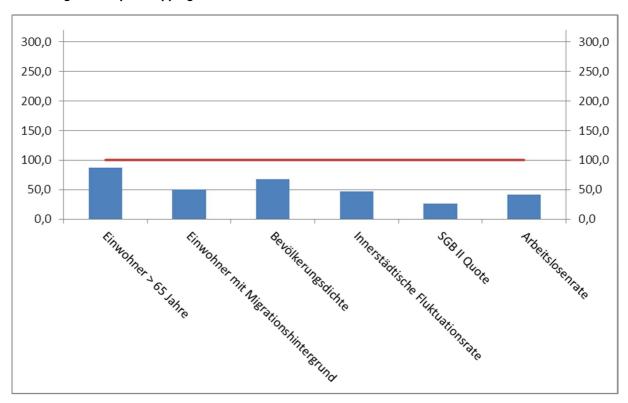
4. Eppinghoven	Kurzdaten
Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Eppinghoven:	
Der Siedlungsbezirk Eppinghoven wird durch die Statistischen Bezirke 40-50 gebildet.	3.943 Einwohne- rInnen
Die Einwohnerzahl beträgt 3.943 Personen. 50,5% der EinwohnerInnen in Eppinghoven sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund machen ei-	weiblich: 50,5% männlich: 49,5%
nen Anteil von 10,4% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	Anteil Personen mit Migrationshin- tergrund: 10,4%
Arbeitslose:	
In Facing the way labour 50 out of tales grouped data Figure by a vignery data sind 0.00/	59 Arbeitslose
In Eppinghoven leben 59 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind 2,2% der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate).	Alo-Rate: 2,2%
Der Anteil Eppingshovens an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 2,5%.	Gesamtanteil an Dinslaken: 2,5%
SGB II-BezieherInnen:	
In Eppinghoven beziehen 80 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 2,5% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.	80 SGB II-Bezie- herInnen
Insgesamt leben 1,4% aller SGB II-BezieherInnen Dinslakens in Eppinghoven.	2,5 % der Bewoh- nerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.
	Gesamtanteil an Dinslaken: 1,4%.

Stand: 31.12.2018

Quellen:

SGB-II: Bundesagentur für Arbeit
Arbeitslose: Bundesagentur für Arbeit
Einwohner: KRZN, Einwohnerdatei (EWO)

Abbildung 15: Ortsprofil Eppinghoven



Mit Bezug auf die hier verwendeten Kennzahlen lässt sich unmittelbar erkennen: Alle Kennzahlen liegen unterhalb der entsprechenden Werte auf gesamtstädtischer Ebene. Insbesondere hat Eppinghoven sowohl bei der innerstädtischen Fluktuationsrate (über 50%) als auch bei der Arbeitslosenrate (rund 60%) die geringsten Werte im Stadtgebiet. Die entsprechenden Anteile belaufen sich in Eppinghoven bei der innerstädtischen Fluktuationsrate und bei der Arbeitslosenrate auf rund 2%. Bei der SGB II-Quote liegt der Siedlungsbezirk ähnlich gering wie Oberlohberg (2,9%, vgl. Ortsprofil Oberlohberg).

Auch in Eppinghoven zeigt sich keine gravierende Veränderung zu früheren Untersuchungen im Rahmen der Sozialberichterstattung.

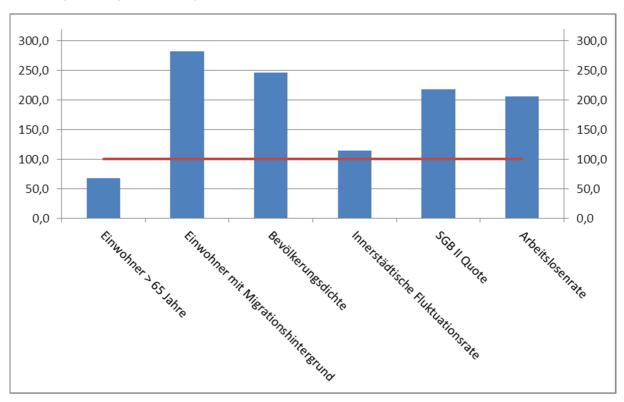
Ortsprofil Lohberg

5. Lohberg	Kurzdaten
Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Lohberg:	- 000 F: I
Der Siedlungsbezirk Lohberg wird durch die Statistischen Bezirke 25-28 gebildet.	5.836 Einwohne- rInnen
Die Einwohnerzahl beträgt 5.836 Personen. 49,6% der EinwohnerInnen in	weiblich: 49,6% männlich: 50,4%
Lohberg sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund machen einen Anteil von 58,8% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	Anteil Personen mit Migrationshin- tergrund: 58,8%
Arbeitslose:	
	430 Arbeitslose
In Lohberg leben 430 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind 10,9% der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate).	Alo-Rate: 10,9%
Der Anteil Lohbergs an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 18,5%.	Gesamtanteil an Dinslaken: 18,5%
SGB II-BezieherInnen:	
In Lohberg beziehen 1.174 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 23,9% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren. Insgesamt leben 20,8% aller	
SGB II-BezieherInnen Dinslakens in Lohberg.	23,9% der Bewoh- nerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.
	Gesamtanteil an Dinslaken: 20,8%

Stand: 31.12.2018 Quellen:

Bundesagentur für Arbeit Bundesagentur für Arbeit KRZN, Einwohnerdatei (EWO) SGB-II: Arbeitslose: Einwohner:

Abbildung 16: Ortsprofil Lohberg



Das Ortsprofil Lohberg zeigt bei vielen der zugrunde gelegten Kennziffern starke Unterschiede zur gesamtstädtischen Ebene. Lediglich die innerstädtische Fluktuationsrate Lohbergs stimmt in etwa mit dem gesamtstädtischen Wert überein.

Insgesamt lassen sich für vier Kennzahlen maximale Unterschiede feststellen: Zum einen hinsichtlich der EinwohnerInnen, die älter als 65 Jahre sind. Hier unterschreitet Lohberg mit einem Anteil von knapp 16% dieser Altersgruppe den Wert der gesamtstädtischen Ebene um rund ein Drittel. Bereits im Bildungsbericht wurde über den hohen Anteil der 0- bis 25-Jährigen in Lohberg gezeigt, dass dieser Siedlungsbezirk mit Abstand der jüngste Siedlungsbezirk in Dinslaken ist. Beim Anteil der EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund liegt Lohberg nahezu beim 3-fachen des städtischen Durchschnittswertes. Dies entspricht einem Anteil von rund 59% der EinwohnerInnen in Lohberg.

Neben diesen beiden demografischen Kennzahlen weichen mit der SGB II-Quote und der Arbeitslosenrate noch zwei Kennzahlen maximal nach oben ab, die soziale Probleme und Belastungen in der Gesellschaft anzeigen. Die Überschreitungen liegen jeweils bei über 100%. Dahinter steht eine SGB II-Quote von knapp 24% und eine Arbeitslosenrate von rund 11%.

Die Beschreibung des Siedlungsbezirkes Lohberg als besonders förderungsbedürftig ist auf Grundlage des Ortsprofils nicht von der Hand zu weisen. Diese Einschätzung wurde bereits in früheren Sozialberichten der Stadt Dinslaken vorgenommen.

Ortsprofil Blumenviertel

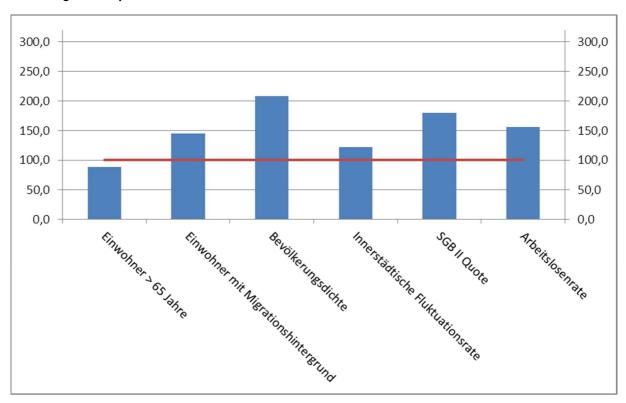
6. Blumenviertel	Kurzdaten
Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Blumenviertel:	
Der Siedlungsbezirk Blumenviertel wird durch die Statistischen Bezirke 29,30,34 und 35 gebildet.	6.798 Einwohne- rInnen
Die Einwohnerzahl beträgt 6.798 Personen. 50,2% der EinwohnerInnen im Blumenviertel sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund machen	weiblich: 50,2% männlich: 49,8%
einen Anteil von 30,3% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	Anteil Personen mit Migrationsin- tergrund: 30,3%
Arbeitslose:	
las Phone and installabora 070 autoitales accordate Figure baselances described	376 Arbeitslose
Im Blumenviertel leben 376 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind 8,3% der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate).	Alo-Rate: 8,3%
Der Anteil des Blumenviertels an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 16,2%.	Gesamtanteil an Dinslaken: 16,2%
SGB II-BezieherInnen:	
Im Blumenviertel beziehen 1.029 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 19,1% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.	1.029 SGB II-Be- zieherInnen
Insgesamt leben 18,2% aller SGB II-BezieherInnen Dinslakens im Blumenviertel.	19,1% der Be- wohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren
Ohrende 04 40 0040	Gesamtanteil Dinslaken: 18,2%

Stand: 31.12.2018

Quellen:

SGB-II: Bundesagentur für Arbeit
Arbeitslose: Bundesagentur für Arbeit
Einwohner: KRZN, Einwohnerdatei (EWO)

Abbildung 17: Ortsprofil Blumenviertel



Ähnlich zu den bereits dargestellten Ortsprofilen für die Innenstadt und Lohberg zeigen sich auch im Blumenviertel teilweise deutliche Abstände zu den Werten auf gesamtstädtischer Ebene.

Gerade die Unterschiede bei der SGB II-Quote und der Arbeitslosenrate geben Hinweise auf bedeutende Problem- und Belastungskonstellationen im Siedlungsbezirk, wie sie auch schon in früheren Berichten der Stadt Dinslaken festgestellt wurden.

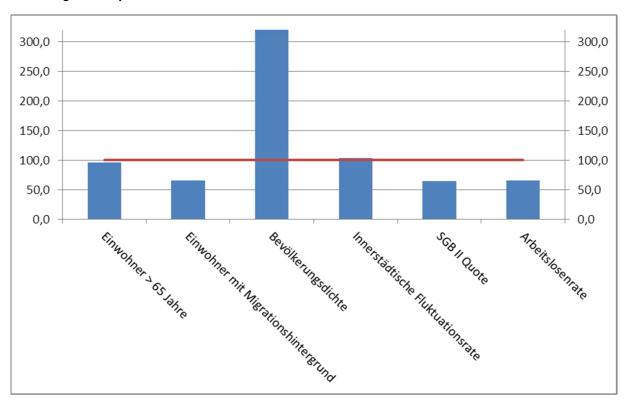
Ortsprofil Feldmark / Bruch

7. Feldmark/Bruch	Kurzdaten
Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Feldmark/Bruch:	
Der Siedlungsbezirk Feldmark/Bruch wird durch die Statistischen Bezirke 22-24 und 31-33 gebildet.	11.982 Einwoh- nerInnen
Die Einwohnerzahl beträgt 11.982 Personen. 51,4% der EinwohnerInnen in Feldmark/Bruch sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund ma-	weiblich: 51,4% männlich: 48,6%
chen einen Anteil von 13,6% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	Anteil Personen mit Migrationshin- tergrund: 13,6%
Arbeitslose:	
	274 Arbeitslose
In Feldmark/Bruch leben 274 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind 3,5% der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate).	Alo-Rate: 3,5%
Der Anteil Feldmark/Bruchs an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 11,8%.	Gesamtanteil an Dinslaken: 11,8%
SGB II-BezieherInnen:	
In Feldmark/Bruch beziehen 612 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 6,6% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren. Insgesamt leben 10,9% al-	612 SGB II-Be- zieherInnen
ler SGB II-BezieherInnen Dinslakens in Feldmark/Bruch.	6,6 % der Bewoh- nerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.
	Gesamtanteil Dinslaken: 10,9%

Stand: 31.12.2018

Quellen: SGB-II: Bundesagentur für Arbeit Bundesagentur für Arbeit KRZN, Einwohnerdatei (EWO) Arbeitslose: Einwohner:

Abbildung 18: Ortsprofil Feldmark/Bruch



Einzig bei der Bevölkerungsdichte überschreitet der Siedlungsbezirk Feldmark/Bruch den gesamtstädtischen Wert sehr deutlich. Die Differenz ist mit über 220% die höchste aller für den Sozialbericht berechneten Werte. In absoluten Zahlen wohnen in diesem Siedlungsbezirk demnach über 4.600 Menschen pro km².

Betrachtet man die Unterschiede zu den gesamtstädtischen Werten in Bezug auf die anderen Kennzahlen, zeigt sich jedoch gerade auch bei der SGB II-Quote sowie der Arbeitslosenrate für den Siedlungsbezirk ein eher positives Bild. Im letzten kommunalen Sozialbericht von 2013 wies das Ortsprofil für Feldmark / Bruch noch eine hohe Abweichung nach oben für die Kennzahl "Transferleistungen" aus (vgl. Sozialbericht 2013, S. 79).

Ortsprofil Oberlohberg¹¹

Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Oberlohberg:	
Der Siedlungsbezirk Oberlohberg wird durch die Statistischen Bezirke 4-7 gebildet.	4.371 Einwohne- rlnnen weiblich: 50,5%
Die Einwohnerzahl beträgt 4.371 Personen. 50,5% der EinwohnerInnen in Oberlohberg sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund machen einen Anteil von 9,4% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	männlich: 49,5% Anteil Personen mit Migrationshin- tergrund: 9,4%
Arbeitslose*:	
In Oberlohberg leben 69 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind 2,5% der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate). Der Anteil Oberlohbergs an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 3%.	69 Arbeitslose Alo-Rate: 2,5% Gesamtanteil an Dinslaken: 3%
SGB II-BezieherInnen*: In Oberlohberg beziehen 105 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 2,8% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren. Insgesamt leben 1,9% aller SGB II-BezieherInnen Dinslakens in Oberlohberg.	105 SGB II-BezieherInnen 2,8% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren Gesamtanteil Dinslaken: 1,9%

Stand: 31.12.2018

Quellen:

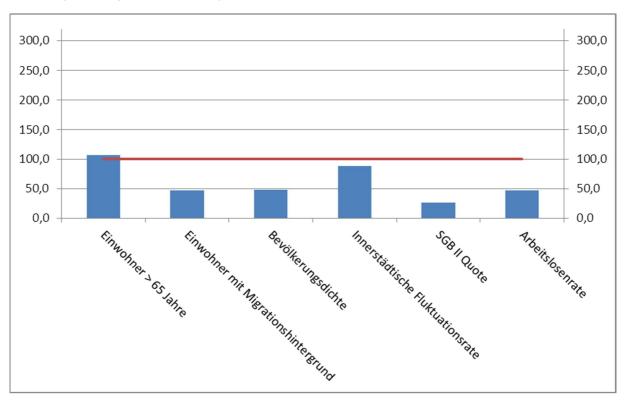
SGB-II: Bundesagentur für Arbeit
Arbeitslose: Bundesagentur für Arbeit
Einwohner: KRZN, Einwohnerdatei (EWO)

*Werte Oberlohberg + Werte Grafschaft

-

¹¹ Die hier zugrundeliegenden Kennzahlen für die innerstädtische Fluktuationsrate, die Arbeitslosenrate sowie die SGB II-Quote beinhalten auch die Daten des Siedlungsbezirkes Grafschaft. Dies führt zu geringfügigen Verzerrungen, was für die Interpretation jedoch nicht relevant ist.

Abbildung 19: Ortsprofil Oberlohberg



Das Ortsprofil für Oberlohberg zeigt vor allen Dingen das Unterschreiten der gesamtstädtischen Werte bei sämtlichen Kennzahlen – mit Ausnahme der EinwohnerInnen über 65 Jahren.

Außerdem ergeben sich drei maximale Abstände für Oberlohberg. Zum einen findet sich hier der geringste Wert der Kennzahl "EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund". Die Abweichung beträgt hier über 50% nach unten. Nur rund jede(r) zehnte EinwohnerIn in Oberlohberg hat einen Migrationshintergrund. Zum anderen unterschreitet die SGB II-Quote in Oberlohberg den gesamtstädtischen Wert um mehr als 70%. Oberlohberg weist damit eine ähnlich niedrige SGB II-Quote aus wie Eppinghoven.

Des Weiteren hat der Siedlungsbezirk Oberlohberg die geringste Bevölkerungsdichte aller im Sozialbericht betrachteten Siedlungsbezirke.¹² Das gezeigte Ortsprofil weicht in seiner Gestalt nicht wesentlich von Darstellungen früherer Berichte ab.

34

¹² Der Siedlungsbezirk Grafschaft wurde im vorliegenden Sozialbericht, wie bereits erwähnt, nicht betrachtet.

Ortsprofil Hiesfeld

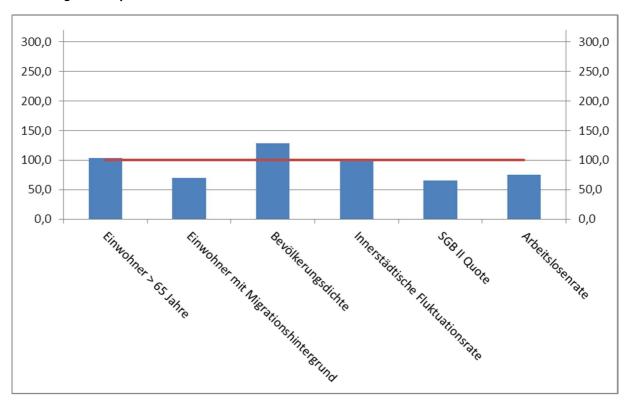
9. Hiesfeld/Barmingholten	Kurzdaten
Kurz-Beschreibung des Siedlungsbezirkes Hiesfeld/Barmingholten:	
Der Siedlungsbezirk Hiesfeld/Barmingholten wird durch die Statistischen Bezirke 8-21 gebildet.	15.305 Einwoh- nerInnen
Die Einwohnerzahl beträgt 15.305 Personen. 52,1% der EinwohnerInnen in Hiesfeld sind weiblich. Die Personen mit Migrationshintergrund machen einen	weiblich: 52,1% männlich: 47,9%
Anteil von 14,6% an allen EinwohnerInnen im Siedlungsbezirk aus.	Anteil Personen mit Migrationshin- tergrund: 14,6%
Arbeitslose:	
	388 Arbeitslose
In Hiesfeld/Barmingholten leben 388 arbeitslos gemeldete EinwohnerInnen, das sind 4% der BewohnerInnen des Siedlungsbezirkes im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosenrate).	Alo-Rate: 4%
Der Anteil Hiesfeld/Barmingholtens an der Gesamtarbeitslosigkeit in Dinslaken beträgt 16,7%.	Gesamtanteil an Dinslaken: 16,7%
SGB II-BezieherInnen:	
In Hiesfeld/Barmingholten beziehen 782 Menschen SGB II-Leistungen, das sind 6,8% der BewohnerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.	
Insgesamt leben 13,9% aller SGB II-BezieherInnen Dinslakens in Hiesfeld/Barmingholten.	6,8% der Bewoh- nerInnen des Stadtteils unter 65 Jahren.
	Gesamtanteil an Dinslaken: 13,9%

Stand: 31.12.2018

Quellen:

SGB-II: Bundesagentur für Arbeit
Arbeitslose: Bundesagentur für Arbeit
Einwohner: KRZN, Einwohnerdatei (EWO)

Abbildung 20: Ortsprofil Hiesfeld



Das Ortsprofil für Hiesfeld weist Ähnlichkeiten mit dem Profil für Feldmark/Bruch auf. Bis auf den Wert zur Bevölkerungsdichte, der den gesamtstädtischen Wert leicht überschreitet, zeigen sich zumeist Abweichungen nach unten. Dies legt letztlich den Schluss nahe, dass im Siedlungsbezirk Hiesfeld auf Grundlage der hier analysierten Daten eher geringe Problemund Belastungskonstellationen bestehen.

Index sozialer Belastung

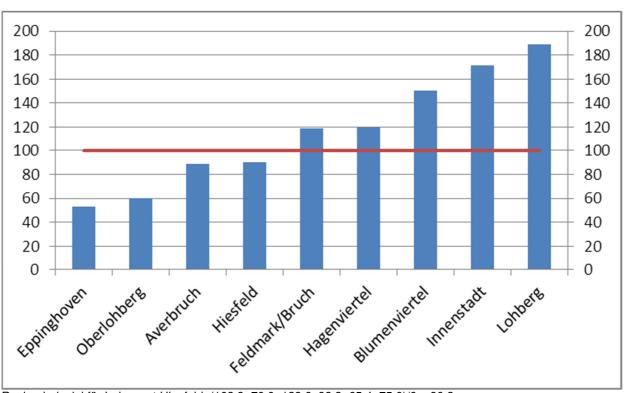
Die Darstellung der Ortsprofile hat gezeigt, wie unterschiedlich die Struktur der Dinslakener Siedlungsbezirke auf Grundlage der ausgewählten Daten ist. Dabei sind manche Spezifika einzelner Siedlungsbezirke unmittelbar ins Auge gefallen, wie etwa die Bevölkerungsdichte in Feldmark/Bruch oder der geringe Anteil an über 65-Jährigen in Lohberg.

Der folgende Schritt soll nun die Frage beantworten, wie sich die Siedlungsbezirke in Dinslaken hinsichtlich ihrer sozialen Belastungen und entsprechender Unterstützungsbedarfe im unmittelbaren Vergleich verorten lassen. Dazu wird ein sogenannter Summenindex auf Grundlage der Kennzahlen aus den Ortsprofilen gebildet. Wie beschrieben, geben uns die Ausprägungen der einzelnen Kennzahlen erste Hinweise auf einen Förderungsbedarf. Für den Summenindex werden nun alle Ausprägungen (Abweichungen vom jeweiligen gesamtstädtischen Wert, vgl. Abbildung 21) zusammengezählt und durch die Anzahl der genutzten Kennzahlen geteilt. Die Ergebnisse in aufsteigender Reihenfolge können Abbildung 22 entnommen werden. Dabei gilt: Je höher ein Siedlungsbezirk über den Wert 100 kommt, welcher den gesamtstädtischen Wert markiert, desto höher ist die soziale Belastung.

Abbildung 21: Abweichungen vom jeweiligen gesamtstädtischen Wert (Wert Gesamtstadt = 100)

	EinwohnerIn- nen > 65 Jahre	EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund	Bevölke- rungsdichte	Innerstädtische Fluktuationsrate	SGB II Quote	Arbeitslo- senrate
Innenstadt	123,5	114,5	317,6	125,4	176,9	168,8
Averbruch	95,4	108,0	109,8	58,4	83,6	77,8
Hagenviertel	125,0	61,6	265,7	126,7	63,2	74,2
Eppinghoven	86,6	50,0	67,5	46,5	26,2	42,0
Lohberg	67,2	281,9	246,3	113,7	218,3	206,5
Blumenviertel	88,6	145,2	208,5	121,5	180,2	156,9
Feldmark	95,6	65,0	320,9	103,2	63,8	65,6
Oberlohberg	106,1	47,1	48,2	87,7	26,1	47,1
Hiesfeld	103,8	70,0	128,6	98,3	65,4	75,0
Gesamt	100	100	100	100	100	100

Abbildung 22: Index sozialer Belastung nach Siedlungsbezirken



Rechenbeispiel für Indexwert Hiesfeld: (103,8+70,0+128,6+98,3+65,4+75,0)/6 = 90,2

Die Abbildung spiegelt gerade mit Blick auf die Siedlungsbezirke mit der höchsten Belastung die Ergebnisse der hiesigen Sozialberichterstattung der letzten Jahre wider (Sozialbericht 2013; Landessozialbericht 2016 mit kommunalem Kapitel für Dinslaken). Die Siedlungsbezirke Lohberg, Innenstadt und Blumenviertel weisen mit einigem Abstand die höchsten Indexwerte auf. Nach dem Prinzip "Ungleiches ungleich behandeln" sollte diesen Siedlungsbezirken daher auch die größte Förderung zukommen.

Zwar liegen auch die Siedlungsbezirke Hagenviertel und Feldmark/Bruch oberhalb des Wertes 100. Dies lässt sich aber in erster Linie durch die hohen Ausprägungen dieser Siedlungsbezirke bei der Bevölkerungsdichte erklären, welche den Summenindex dort nach oben zieht.

3. Vertiefungsthema: Wohnen in Dinslaken

Exkurs: Ergebnisse aus dem Handlungskonzept Wohnen und weitergehende Befunde

Der Rat der Stadt Dinslaken hat in seiner Sitzung vom 26.03.2019 das seit dem Jahr 2016 erarbeitete Handlungskonzept Wohnen (im Folgenden "HK Wohnen") beschlossen. Damit wurde eine wichtige Grundlage für die Errichtung von weiterem Wohnraum geschaffen.

Das HK Wohnen beinhaltet zum einen eine umfassende Darstellung des hiesigen Wohnungsmarktes. Zum anderen gewährt es einen Ausblick auf künftige Entwicklungen sowie eine Aufstellung von Zielen und Maßnahmen für die lokale Wohnungspolitik. Ferner werden zur Deckung des Bedarfs an Wohnbauflächen notwendige Potenzialflächen aufgezeigt und beurteilt.

Im Ergebnis konstatiert das HK Wohnen für die Stadt Dinslaken einen dringenden Handlungsbedarf für die kommunale Wohnungspolitik. Im Folgenden gilt es nun, die wichtigsten Ergebnisse des Konzeptes darzustellen, um ein erstes Bild vom Wohnungsmarkt in Dinslaken aufzuzeigen.

Ergänzend wird zum einen der Personenkreis beschrieben, der Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung hat. Zum anderen wird der Bestand an geförderten Wohnungen nach Siedlungsbezirken aufgezeigt.

Wohnungsbestand

Der Wohnungsbestand in Dinslaken ist seit 2010 stetig gewachsen. Im Jahr 2016 betrug er 33.476 Wohnungen. Mit Blick auf die Struktur des Bestandes (vgl. HK Wohnen, S. 24 ff.) lässt sich zum einen sagen, dass die meisten dieser Wohnungen, gut die Hälfte, in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten errichtet worden sind. Zum anderen weist der Bestand mit unter 10 Prozent einen sehr geringen Anteil an Ein- und Zweizimmerwohnungen auf.

In Bezug auf die Eigentumsverhältnisse kann festgehalten werden: Mehr als die Hälfte des Bestands gehört privaten Einzeleigentümern. Die zentralen Wohnungsunternehmen in Dinslaken, die Wohnbau Dinslaken GmbH, die Covivio-Gruppe (ehem. Immeo-Gruppe) und die Vivawest Wohnen GmbH, verfügen lediglich über 13% der Wohnungen. Der Wohnungsleerstand in Dinslaken liegt unter 3% und somit unter dem Landesniveau (vgl. HK Wohnen, S. 28). Ein derartig geringer Anteil bedeutet, dass es in Dinslaken keinen strukturellen Leerstand gibt.

Zur besseren Beurteilung des Dinslakener Wohnungsmarktes richtet sich die Aufmerksam-keit nun auf die sogenannten Wohnungsteilmärkte, wobei der Markt für Wohneigentum (vgl. HK Wohnen, S. 29ff.) nur knapp, die Märkte für freifinanzierte (vgl. HK Wohnen, S. 38ff.) und für öffentlich geförderte Mietwohnungen (vgl. HK Wohnen, S. 43ff.) hingegen etwas ausführlicher dargestellt werden. Diese Akzentuierung ergibt sich letztlich durch die im Rahmen des Vertiefungsthemas "Wohnen in Dinslaken" besonders betrachteten Bevölkerungsgruppen (siehe Kapitel 3 ab Seite 47ff.). Deren Zugang zum Markt für Wohneigentum ist ungleich schwächer als zu den Märkten für freifinanzierte und öffentlich geförderte Mietwohnungen.

Markt für Wohneigentum

Eigentum in Dinslaken ist im Vergleich zu den meisten umliegenden Gemeinden teurer. Dies zeigt sich sowohl bei den Bodenpreisen für den individuellen Wohnungsbau als auch bei den Angebotspreisen für bestehende Eigenheime. Letztere sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Die Nachfrage nach Eigenheimen ist in Dinslaken deutlich höher als das Angebot, bspw. bei jungen Familien in der Gründungsphase. Der Blick auf Eigentumswohnungen offenbart ebenfalls einen erhöhten Bedarf, besonders nach altengerechten, barrierearmen Eigentumswohnungen.

Markt für freifinanzierte Mietwohnungen

Der Markt für freifinanzierte Mietwohnungen hat seit dem Jahr 2013 wieder an Fahrt aufgenommen. Dies dokumentieren etwa die seitdem wieder steigenden Zahlen der Baufertigstellungen. Betrachtet man die durchschnittliche Angebotsmiete in Dinslaken (6,29 EUR/

m², vgl. ebd.), zeigt sich auch hier ein höheres Niveau als in den unmittelbaren Nachbargemeinden. Darüber hinaus ist in Dinslaken in diesem Segment eine deutliche Preissteigerung zu verzeichnen (2012: 5,94 EUR/m²; zweites Quartal 2017: knapp unter 7 EUR/m²). Die Nachfrage in diesem Wohnungsteilmarkt, erhoben über Angebotsdaten von Immoscout, ist laut HK Wohnen insgesamt hoch und relativ gleichmäßig auf die unterschiedlichen Preisklassen verteilt.

Ganz anders sieht es hinsichtlich der Größenklassen aus: Hier besteht das größte Interesse an Wohnungen ab 85m², eher unterdurchschnittlich interessant sind Wohnungen zwischen 50m² und 75m². Das Angebot an erstgenannten Wohnungen beläuft sich jedoch nur auf 25% aller angebotenen Wohnungen, wohingegen letztgenannte rund 40% ausmachen. An dieser Stelle sei ergänzt, dass die im Rahmen der Erstellung des HK Wohnen befragten Experten Nachfrageüberhänge bei kleinen Wohnungen deutlich stärker betonen als die Auswertung der Angebotsdaten von Immoscout. Diese Nachfrageüberhänge beziehen sich verstärkt auf das untere Preissegment und den geförderten Wohnraum.

Fragt man danach, wie sich die durchschnittlichen Angebotsmieten in Dinslaken räumlich verteilen, zeigt sich ein Bild, welches gerade zwischen zentralen Bereichen Dinslakens und städtischen Randbereichen Unterschiede aufzeigt. So stehen etwa den vergleichsweise hohen Mieten am westlichen und östlichen Stadtrand deutlich günstigere Mieten in der nördlichen Innenstadt gegenüber.

Der Dinslakener Mietwohnungsmarkt ist als angespannt zu bezeichnen. Dafür sprechen der niedrige Leerstand, steigende Preise sowie Differenzen zwischen der nachgefragten Ausstattung (v.a. der Größe) und dem vorzufindenden Angebot.

Markt für öffentlich geförderte Mietwohnungen

Mit dem Markt für öffentlich geförderten Wohnraum ist das Ziel verbunden, Wohnraum für (finanziell) benachteiligte Haushalte zu schaffen. Zu den wichtigsten Adressaten gehören neben Familien und Haushalten mit Kindern auch Alleinerziehende, Schwangere sowie ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Die Voraussetzung zum Bezug einer öffentlich geförderten Mietwohnung ist ein Wohnberechtigungsschein, welcher bei der entsprechenden Behörde unter Offenlegung des Einkommens beantragt werden muss.

Seit dem 01.01.2019 liegt die Einkommensgrenze zur Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins für eine alleinstehende Person in Nordrhein-Westfalen bei einem Jahresnetto-Einkommen von 19.350 € (Mögliches Jahresbrutto-Einkommen: 30.318 €). Dies entspricht einem monatlichen Nettoeinkommen von rund 1.600 €. Wie hoch die Einkommen für weitere Haushaltsgrößen sein dürfen, um einen Wohnberechtigungsschein zu bekommen, zeigt die folgende Tabelle der Stadt Mülheim an der Ruhr¹⁴:

Zahl d. zum Haushalt rechnenden Perso- nen	Erwerbsbeteiligung	Einkommensgrenze nach dem WoFG (Wohnraumförde- rungsgesetz)	Bruttoeinkommen
1	Angestellte/Arbeiter	19.350 €	30.318 €
	Beamte	19.350 €	25.807 €
	Rentner	19.350 €	21.602 €
	Erwerbslose	19.350 €	19.452 €
2	Angestellte/Arbeiter	23.310 €	42.378 €*
	Beamte	23.310 €	36.012 €*
	Rentner (2 Rentner)	23.310 €	30.446 €*
	Erwerbslose	23.310 €	27.422 €*
3 (Ehepaar m. 1 Kind)	Angestellte/Arbeiter	29.370 €	45.500 €
	Beamte	29.370 €	38.653 €
4 (Ehepaar m. 2 Kin- dern)	Angestellte/Arbeiter	35.430 €	54.681 €
	Beamte	35.430 €	46.423 €
5 (Ehepaar m. 3 Kin- dern)	Angestellte/Arbeiter	41.490 €	63.869 €
	Beamte	41.490 €	54.192 €

^{*}Freibetrag in Höhe von 4.000 € für Zweipersonenhaushalte ist bereits berücksichtigt.

Alle ausgewiesenen Bruttoeinkommen sind auf typische Fälle abgestimmt. In Einzelfällen können die Beträge variieren. In einigen Fällen sind beispielsweise Freibeträge zulässig, die das anrechenbare Einkommen schmälern (bei jungen Familien, bei Schwerbehinderung beziehungsweise Pflegebedürftigkeit, bei Vorliegen von Unterhaltsverpflichtungen).

Diese Einkommenshöhen machen bereits deutlich: Der Kreis der Anspruchsberechtigten umfasst deutlich mehr Personen als lediglich Bezieher von Transferleistungen. Genau auf diese Personengruppe fokussieren sich jedoch häufig die öffentlichen Diskussionen im Zusammenhang mit einem Wohnberechtigungsschein. Letztlich wird damit auch der öffentlich geförderte Wohnraum an sich mit einer Personengruppe in Verbindung gebracht, die häufig und pauschal als "Problemklientel" abgestempelt wird. Entsprechend dürftig ist daher oftmals auch das Image des öffentlich geförderten Wohnraums in der Wahrnehmung der Bevölkerung. Mit der Realität hat dies jedoch nur wenig zu tun. Gelegentlich wahrgenommene

toeinkommen in nrw1.html (Recherche am 19.08.2019).

 ¹³ Für einen 2-Personen-Haushalt liegt die Grenze bei 23.310 €. Für jede weitere zum Haushalt zählende
 Person werden 5.360 € veranschlagt. Der Zuschlag für jedes zum Haushalt gehörende Kind beträgt 700 €.
 14 Einzusehen unter: https://www.muelheim-ruhr.de/cms/uebersicht ueber einkommensgrenzen und brut-

Ängste und Befürchtungen vor einem Ausbau des öffentlich geförderten Wohnraums nach dem Motto "Wen holen wir uns denn da ins Viertel?!" sind eher unbegründet.

Wie groß der Kreis der Anspruchsberechtigten für einen Wohnberechtigungsschein in der Bevölkerung insgesamt ist, lässt sich nicht exakt sagen, zumal die Anspruchsberechtigung nur auf Antrag im Einzelfall geprüft wird. Daher "[…] kann es auch keine Zählungen oder amtliche Statistiken der wohnberechtigten Haushalte oder Einwohnerinnen und Einwohner in Nordrhein-Westfalen, sondern nur Schätzungen geben."¹⁵ Für Städte wie Köln oder Düsseldorf geht der Deutsche Mieterbund mittlerweile davon aus, dass mehr als 50% der dortigen Bevölkerung einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat.¹⁶ Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der Altersrente lag in den alten Bundesländern im Jahr 2018 für Männer bei 1.130 € und für Frauen bei 647 €.¹¹ Damit ist klar: BezieherInnen einer durchschnittlichen Rente in Nordrhein-Westfalen (ohne weiteres Einkommen) haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein.

Gemäß dem HK Wohnen lässt sich in Dinslaken eine stabile Nachfrage im preiswerten bzw. preisgebundenen Wohnungssegment beobachten. Wichtige Indikatoren für diese Einschätzung sind zum einen die Entwicklung der Anzahl der ausgestellten Wohnberechtigungsscheine (WBS) sowie die Entwicklung der Anzahl einkommensschwacher Haushalte in Dinslaken¹⁸, vor allem der SGB II-Bedarfsgemeinschaften. Beide Indikatoren zeigen über die letzten Jahre vergleichsweise stabile Werte auf (Durchschnitt Anzahl WBS: rund 400; Durchschnitt Anzahl Bedarfsgemeinschaften: rund 2.900).

Der Nachfrage nach gefördertem Wohnraum steht das Angebot, also der Bestand derartigen Wohnraums gegenüber. Im Jahr 2016 gab es in Dinslaken 2.491 Wohnungen (2.170 Miet- und 321 Eigentumswohnungen) im geförderten Segment. Dies ergibt bei insgesamt

¹⁵ Vgl. Antwort der Landesregierung des Landes NRW vom 28.04.2017 auf eine kleine Anfrage, einzusehen unter: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-14970.pdf (Recherche am 19.08.2019).

¹⁶ Die entsprechende Meldung dazu vom 15.11.2016 findet sich auf der Homepage des Deutschen Mieterbundes, einzusehen unter: https://www.mieterbund-nrw.de/startseite/news-details/angemessene-wohnraum-versorgung-muss-zentrale-rolle-spielen/ (Recherche am 19.08.2019).

¹⁷ Vgl. Broschüre "Rentenversicherung in Zahlen 2019" der Deutschen Rentenversicherung, Seite 34 – 35, einzusehen unter: https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Statistiken-und-Berichte/statistikpublikationen/rv in zahlen 2019.pdf? blob=publicationFile&v=3 (Recherche am 19.08.2019).

¹⁸ Dazu zählen Haushalte im Bezug von Mindestsicherungen, Wohngeld beziehende Haushalte und niedrigeinkommensbeziehende Haushalte ohne Transferleistungsbezug.

33.476 Wohneinheiten einen Anteil von rund 7%. Zum Vergleich: Im Jahr 2007 lag der absolute Bestand geförderten Wohnraums in Dinslaken noch gut doppelt so hoch und ist seitdem stetig gesunken. Derartige Entwicklungen zeigen sich im gesamten Bundesgebiet. Die Prognose der NRW.BANK für die Entwicklung des geförderten Wohnraums in Dinslaken für die nächsten Jahre geht von einem weiteren Rückgang aus (vgl. HK Wohnen, S. 48).

Dies belegen auch ganz aktuelle Zahlen der Stadt Dinslaken zum Stichtag 18.04.2019, die an dieser Stelle die etwas älteren Zahlen des HK Wohnen ergänzen sollen. Danach liegt die Anzahl öffentlich geförderter Mietwohnungen in Dinslaken bei 2.025. Dies sind bereits 145 weniger dieser Wohnungen als im Jahr 2016 (vgl. HK Wohnen, S. 48.).

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick darüber, wie sich die öffentlich geförderten Mietwohnungen derzeit über das Stadtgebiet verteilen.

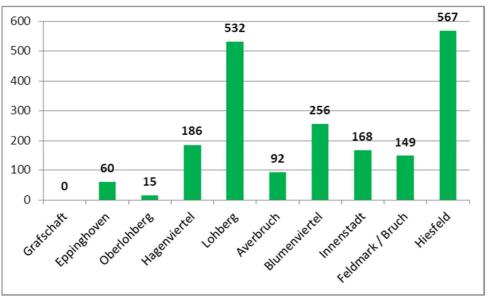


Abbildung 23: Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen in Dinslaken nach Siedlungsbezirken (Stichtag 18.04.2019)

Quelle: Stadt Dinslaken, Fachdienst Wohnen, Auswertung zum 18.04.2019.

Die Verteilung öffentlich geförderter Mietwohnungen ist in Dinslaken mit Blick auf die absoluten Zahlen sehr unterschiedlich. In Hiesfeld (567) und Lohberg (532) finden sich mit Abstand die meisten dieser Wohnungen. Bei insgesamt 2.025 geförderten Mietwohnungen sind dies mehr als die Hälfte.

Wie viele dieser Wohnungen in den Siedlungsbezirken auf je 100 EinwohnerInnen kommen, zeigt die folgende Abbildung¹⁹:

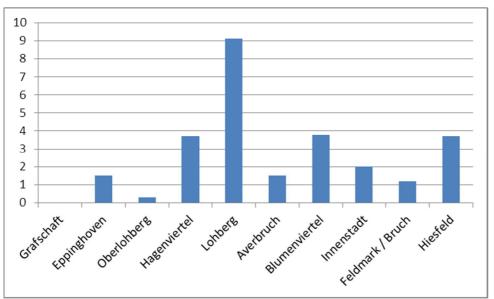


Abbildung 24: Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen pro 100 EinwohnerInnen in Dinslaken nach Siedlungsbezirk

Quelle: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) sowie Stadt Dinslaken, Fachdienst Wohnen, Auswertung zum 18.04.2019, eigene Berechnungen und Darstellung.

Auch die Betrachtung der öffentlich geförderten Wohnungen pro 100 EinwohnerInnen zeigt große Unterschiede zwischen den Siedlungsbezirken. So kommen in Lohberg auf 100 EinwohnerInnen 9 öffentlich geförderte Wohnungen, mehr als doppelt so viele wie in Hiesfeld, im Hagenviertel und im Blumenviertel. Nur lediglich rund eine dieser Wohnungen pro 100 EinwohnerInnen findet sich dagegen in Eppinghoven, Oberlohberg, Averbruch und Feldmark/Bruch. Ruft man sich vor diesem Hintergrund nochmals in Erinnerung, welche Indexwerte die Siedlungsbezirke hinsichtlich sozialer Belastungs(potentiale) erreicht haben (vgl. Kapitel 2), sollten künftig öffentlich geförderte Wohnungen zunächst in Oberlohberg, Feldmark / Bruch, im Averbruch und in Eppinghoven entstehen.

Betrachtet man die öffentlich geförderten Mietwohnungen in Dinslaken nach ihrer Zweckbestimmung, zeigt sich zum Stichtag 18.04.2019 folgendes Bild:

¹⁹ Wünschenswert wäre an dieser Stelle die Ausweisung einer "Sozialwohnraumquote" für jeden Siedlungsbezirk, welche die Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen auf den Gesamtwohnungsbestand in den Siedlungsbezirken bezieht. Entsprechende Daten stehen derzeit jedoch nicht zur Verfügung.

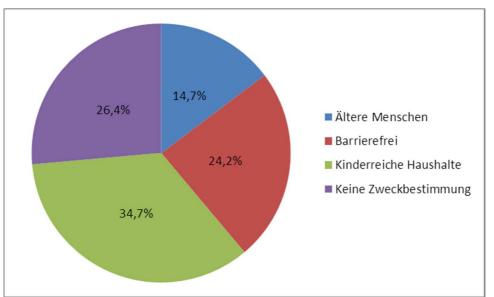


Abbildung 25: Öffentlich geförderte Wohnungen in Dinslaken nach Zweckbestimmung

Quelle: Stadt Dinslaken, Fachdienst Wohnen, Auswertung zum 18.04.2019.

Mehr als jede dritte dieser Wohnungen in Dinslaken ist ihrem Zwecke nach für kinderreiche Haushalte (> 2 Kinder) bestimmt. Etwas mehr als ein Viertel hat keine Zweckbestimmung. Demnach können diese von allen Bürgern gemietet werden, die einen Anspruch auf öffentlich geförderten Wohnraum haben. Da die Zweckbestimmungen befristet sind, kann obenstehende Abbildung nur den Moment abbilden.

Auch der bereits angesprochene Markt für freifinanzierte Mietwohnungen hält Angebote für bezahlbaren Wohnraum vor. Diese stehen Bedarfsgemeinschaften zur Verfügung, wenn die Höhe der Miete unterhalb der Bemessungsgrenze der Kosten der Unterkunft (KdU) liegt. Laut dem HK Wohnen bestand für Bedarfsgemeinschaften zwischen den Jahren 2012 und 2017 für rund 70% der auf dem frei finanzierten Wohnungsmarkt angebotenen Wohneinheiten zwischen 30 m² und 50 m² die Möglichkeit der Nutzung im Rahmen der Bemessungsgrenze.

Fazit und Ausblick

Alles in Allem zeichnet das HK Wohnen das Bild eines angespannten Wohnungsmarktes in Dinslaken, der derzeit nicht in der Lage ist, den unterschiedlichen Bedarfen der hiesigen Bevölkerung zu entsprechen.

Auch mit Blick in die Zukunft stellt die Deckung des Wohnbedarfs eine große Herausforderung für Dinslaken dar. Diese zeigt sich sowohl rein quantitativ als auch qualitativ (vgl. HK

Wohnen, S. 64 ff.). So gehen die Autoren des HK Wohnen bis zum Jahr 2030 von einem Wohnungsbedarf von 1.864 Wohneinheiten und einem Flächenbedarf von rund 50 ha (netto) aus. Von einem Anstieg des qualitativen Bedarfes ist künftig aufgrund einer weiter alternden Bevölkerung sowohl mit Blick auf barrierefreies als auch auf bezahlbares Wohnen auszugehen.

Auf welche Art und Weise die Stadt Dinslaken den gegenwärtigen und künftigen Wohnbedarfen gerecht werden kann, ist im HK Wohnen anhand eines umfassenden Ziel- und davon abgeleiteten Maßnahmekataloges beschrieben (vgl. ebenda, S. 76ff.), auf den im Rahmen des vorliegenden Sozialberichtes im Kapitel "Zusammenfassungen und Handlungsempfehlungen" nochmals zurückgekommen wird.

Wohnen in Dinslaken – Herausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten für ausgewählte Bevölkerungsgruppen

Die bisherigen Kapitel haben zum einen anhand von einschlägigen Daten ein umfassendes Bild von Dinslaken insgesamt und, zur weiteren Differenzierung, seinen Siedlungsbezirken gezeichnet. Zum anderen wurde das Vertiefungsthema "Wohnen in Dinslaken" in einem ersten Schritt durch die Darstellung der wichtigsten Erkenntnisse des Ende 2018 erstellten Handlungskonzeptes Wohnen sowie Ergänzungen zum öffentlich geförderten Wohnraum bearbeitet.

Im Folgenden soll nun eine aus Sicht der Sozialplanung notwendige und ergänzende Perspektive aufgezeigt werden. Diese Perspektive stellt das Individuum in den Mittelpunkt und untersucht die Frage, welche Auswirkungen ein angespannter Wohnungsmarkt auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen – SeniorInnen und Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende sowie Menschen mit Fluchthintergrund – und ihren Alltag hat. Um diese Fragen zu beantworten, wurden anhand eines Leitfadens Interviews geführt. Da eine direkte Befragung der jeweiligen Bevölkerungsgruppe aufgrund des zu hohen Aufwands nicht möglich war, wurden entsprechende Fachkräfte aus der Praxis mit engem Bezug zu den jeweiligen Gruppen für die Interviews gewonnen. Insgesamt wurde mit 17 Personen aus folgenden Institutionen und Fachbereichen gesprochen:

- Stadt Dinslaken (Behindertenbeauftragte, Allgemeiner Sozialer Dienst, Fachdienst Wohnen, Fachdienst Senioren und Soziale Leistungen)
- Caritasverband (Düppelpunkt, Fachdienst Integration, MitarbeiterInnen Fliehburg, Alfred Delp Haus, Demenzberatung)
- Diakonisches Werk (Schuldnerberatung, Arbeitslosenberatung, Sozialberatung, Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge)
- Arbeiterwohlfahrt (Seniorendienste Wilhelm-Lantermann-Karree)
- Jobcenter (Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt)
- Albert-Schweitzer-Einrichtungen (Ambulante Dienste)

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass sich die hier betrachteten Bevölkerungsgruppen in sich noch sehr ausdifferenzieren, m.a.W.: Es gibt nicht "die" Alleinerziehenden oder "die" SeniorInnen. Im Rahmen der geführten Interviews wurde zumeist auf jene Teile der angesprochenen Bevölkerungsgruppen Bezug genommen, die gemeinhin, etwa in finanzieller Hinsicht, als eher schlechter gestellt zu bezeichnen sind.

Folgende Leitfragen wurden im Interview gestellt:

- Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation Ihrer Zielgruppe im Zusammenhang mit dem Thema "Wohnen in Dinslaken" insgesamt ein?
- Welche Probleme gilt es von Ihrer Zielgruppe im Kontext "Wohnen in Dinslaken" zu meistern?
- Bitte schildern Sie aus Sicht Ihrer Zielgruppe an einem Beispiel, welche Auswirkungen eine schlechte Wohnsituation auf Ihre Zielgruppe und ihren Alltag hat?
- Welche konkreten (kurzfristigen) Schritte können in Dinslaken getan werden, um die Situation Ihrer Zielgruppe im Zusammenhang mit dem Thema "Wohnen" zu verbessern (Maßnahmen/Ideen)?

Von sämtlichen Interviews wurden Zusammenfassungen erstellt, welche von den GesprächspartnerInnen autorisiert wurden. Aus diesen Zusammenfassungen wurde je betrachteter Gruppe nochmals eine Zusammenfassung erstellt. Diese zeigt neben den bedeutendsten Problemen und negativen Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Thema "Wohnen in Dinslaken" auch die konkreten, ggfs. kurz- und mittelfristig umsetzbaren Schritte (Maßnahmen/Ideen) zur Unterstützung der hier in den Blick genommenen Bevölkerungsgruppen auf, die in den Gesprächen von den Befragten formuliert wurden.

Über alle untersuchten Gruppen hinweg zeigt sich als Grundproblem zum Thema "Wohnen in Dinslaken" das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage an bedarfsgerechtem Wohnraum. Die gegenwärtige Situation dieser Gruppen im Zusammenhang mit dem Thema wurde als eher schlecht eingestuft, wenngleich die vielen vergangenen und künftigen Anstrengungen zum Thema durchaus lobend erwähnt wurden. Als Fazit kann jedoch festgehalten werden: Es reicht noch nicht!

SeniorInnen und Menschen mit Behinderung

<u>Problemlagen</u>

Als Grundproblem zeigt sich der Mangel an (bezahlbaren) barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen in Dinslaken. Flankiert durch das Problem (zunehmend) eingeschränkter Mobilität älterer und behinderter Menschen können daraus dann Wohnsituationen entstehen, in denen immobile Menschen in Wohnungen verbleiben und leben müssen, die nicht ihrem Bedarf entsprechen.

In ihrem Alltag sehen sich diese Menschen Herausforderungen in ihren Wohnungen gegenüber, die sie nicht ohne Weiteres alleine meistern können. Beispiele sind etwa der Eingang zum Haus bzw. zur Wohnung oder der Einstieg in die Dusche/Badewanne. Auch die Frage "Wohin mit dem Rollator?" kann oft nicht beantwortet werden, wenn kein ausreichender Abstellplatz zur Verfügung steht oder VermieterInnen rechtliche Bedenken gegen ein Abstellen im Hausflur vorbringen. Nimmt die Immobilität weiter zu, verbleiben diese Menschen fast nur noch in ihren Wohnungen, da der Weg vor die Tür mit extremen Anstrengungen verbunden ist. So wurde in einem Gespräch von einem 80-Jährigen Mann berichtet, der seine immobile Frau die Treppen hinunterträgt, damit sie endlich einmal wieder nach draußen

kann. Nach Auskunft einer Befragten führt der fast ausschließliche Aufenthalt in der Wohnung gerade bei alleinlebenden Menschen, die nicht über ein unterstützendes soziales Umfeld verfügen, zu einem Gefühl des Gefangenseins in der eigenen Wohnung. Dieses Gefühl kann sich nach Meinung der Befragten verfestigen und letztlich zu Vereinsamung, psychischen Problemen (z.B. Altersdepression, Sucht) und schlimmstenfalls zum Suizid führen.

Neben den Herausforderungen innerhalb der eigenen vier Wände gibt es auch Herausforderungen des unmittelbaren Wohnumfeldes, welche zumeist ebenfalls im Zusammenhang mit einer (zunehmend) eingeschränkten Mobilität älterer Menschen und Menschen mit Behinderung stehen. Für diese Menschen ist der alltägliche Bewegungsradius im eigenen Wohnumfeld vergleichsweise klein. Unmittelbar daran schließt sich das Problem der Erreichbarkeit an. Gerade in weniger zentral gelegenen Wohngegenden wird die Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse, also etwa der Gang zur Bank, zur Apotheke etc., durch den zunehmenden Wegfall solcher Angebote zusätzlich erschwert. Bedürfnisse im Sinne sozialer und kultureller Teilhabe sind für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen noch schwerer zu befriedigen. Dahingehend verweisen die meisten Befragten auf einen ÖPNV, der nicht ausreichend ist. Neben der Taktung bestimmter Verbindungen, etwa nach Hiesfeld, geht es auch um Informationen, die nicht angemessen, also etwa in leichter Sprache oder hinreichend großer Schrift, dargestellt werden (z.B. sind Fahrpläne sehr klein geschrieben und mit vielen Kürzeln versehen).

Nach Auskunft der Befragten besteht bei einem Teil älterer Menschen und Menschen mit Behinderung auch das Problem mangelnder finanzieller Ressourcen. Einige dieser Menschen sind im Transferleistungsbezug. Stirbt nun etwa der Ehemann eines Paares, welches Grundsicherung bezieht, kann das dazu führen, dass die Witwe nicht mehr in der gemeinsamen und häufig schon seit Jahrzehnten genutzten Wohnung verbleiben kann, da diese für die Übernahme der Kosten durch die Behörde für eine Person nun zu groß ist. Die Folge: Die Witwe muss sich innerhalb einer Frist eine neue Wohnung suchen, die den Vorgaben entspricht. Diese Wohnungen können sich dann durchaus in anderen Siedlungsbezirken befinden, in denen sich die Witwe komplett neu zurechtfinden muss, was eine weitere, enorme Anstrengung bedeuten kann.

An dieser Stelle sei nun noch ausdrücklich auf ein Problem hingewiesen, mit dem vor allen Dingen Menschen mit geistiger Behinderung zu kämpfen haben. Gemeint sind Vorbehalte von potentiellen VermieterInnen gegenüber diesen Menschen, etwa aufgrund optischer oder auch verbaler Auffälligkeiten. Diese Vorbehalte verringern die aufgrund eines angespannten Wohnungsmarktes ohnehin schon dürftigen Erfolgsaussichten bei Wohnungsbewerbungen und –besichtigungen nochmals.

Möglichkeiten zur Unterstützung

SeniorInnen und Menschen mit Behinderung könnte vor allem, wie im Übrigen auch den anderen im Sozialbericht im Fokus stehenden Bevölkerungsgruppen, mit mehr bedarfsgerechtem Wohnraum geholfen werden. Leider hat diese in Dinslaken bereits aufgegriffene und auch künftig weiter umzusetzende Maßnahme eher eine langfristige Perspektive.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist nach Auskunft der Interviewten, bei Neubauten auch dem spezifischen Bedarf älterer Menschen und Menschen mit Behinderung nach barrierefreien Wohnungen zu entsprechen (vgl. auch HK Wohnen, S.72 und 81).

Neben dem Neubau von Wohnungen ist auch die Ertüchtigung des Wohnbestandes eine wichtige Maßnahme, ein Mehr an bedarfsgerechtem Wohnraum zu schaffen (HK Wohnen, S. 79). Auf diese Weise könnte auch dem Wunsch älterer Menschen Rechnung getragen werden, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Ggfs. lässt sich nach Auskunft einiger Befragten auch über "Wohnungstauschbörsen" eine bedarfsgerechtere Verteilung von Wohnraum erreichen.

Nach Aussage der Fachkräfte ist für Menschen mit eingeschränkter Mobilität auch das unmittelbare Wohnumfeld enorm wichtig. Im besten Fall besteht hier die Möglichkeit, alltägliche Bedürfnisse selbstständig erledigen zu können. Dies sollte bei Neubauprojekten unbedingt mitbedacht werden (vgl. auch HK Wohnen, S. 81). Wenn alltägliche Bedürfnisse im unmittelbaren Wohnumfeld jedoch nicht mehr befriedigt werden können, da ein entsprechendes Angebot nicht mehr existiert (z.B. Bäcker, Sparkasse, Supermarkt etc.), müssen Versorgungsstrukturen anders organisiert werden. Denkbar sind etwa aufsuchende Konzepte wie Lieferdienste von Supermärkten, Bäckereien etc..

Vorgeschlagen wird auch, die Erreichbarkeit bestimmter Angebote zur Befriedigung alltäglicher, aber auch außeralltäglicher Bedürfnisse (z.B. Besuch von Kulturveranstaltungen),

gerade für Personen mit geringen finanziellen Ressourcen, über kommunale (Fahr)gutscheinsysteme zu verbessern. Derartige Maßnahmen könnten zu einer Verbesserung der Teilhabe beitragen.

Als wichtiger Unterstützungsansatz für SeniorInnen und Menschen mit Behinderung wurde seitens der befragten Fachkräfte die weitere Stärkung und Förderung ehrenamtlicher Unterstützungsnetzwerke und –projekte betont. Wichtig ist dabei der Dreiklang aus Begleiten, Besuchen und Begegnen. Darüber würden der oftmals formulierte und zunehmende Wegfall des sozialen, aber auch familiären Umfeldes zumindest gemildert werden können.

Die befragten Fachkräfte mit ausdrücklichem Bezug zu älteren Menschen haben häufig auch das Stabilitätsbedürfnis dieser Menschen betont. Stabilität gibt SeniorInnen ein Gefühl der Sicherheit. Vorgeschlagen wird daher, für sämtliche Quartiere AnsprechpartnerInnen für diese Bevölkerungsgruppe vorzuhalten, die beraten und zuhören, die Dinge anregen und Hilfe zur Selbsthilfe geben können. Eine derartige Stelle müsste ein enormes Maß an Vertrauens- und Beziehungsarbeit leisten. Daher sollten die Quartiere überschaubar sein und keinesfalls die Größe eines Siedlungsbezirkes aufweisen.

Um soziale Kontakte auch in einem größeren gemeinschaftlichen Rahmen zu ermöglichen, braucht es entsprechende Begegnungsräume. Diese können dann auch für unterschiedliche Zwecke genutzt werden. Neben klassischen Formaten wie einem gemeinsamen Kaffeetrinken könnten in Kooperation mit anderen Akteuren (z.B. Vereine aus den Bereichen Sport und Kultur) neue Veranstaltungsformate organisiert werden (z.B. Gymnastik im Rahmen einer "aufsuchenden" Vereinsarbeit). Wenn es nicht möglich ist, Begegnungsräume neu zu schaffen, könnten (derzeit leerstehende) Bestandsgebäude einer entsprechenden Nutzung zugeführt werden. Welch große Bedeutung ein stabiles Geflecht sozialer Kontakte hat, macht ein Zitat aus der Befragung deutlich: "Soziale Kontakte halten die Leute fitter als jeder Arztbesuch!".

Um Vorbehalte von potentiellen VermieterInnen gegenüber geistig behinderten Menschen abzubauen, ist Aufklärung nötig. Zumeist beruhen Vorbehalte auf mangelndem (Erfahrungs)Wissen. Dieses sollte etwa im Rahmen von Aufklärungskampagnen und –projekten erweitert werden.

Alleinerziehende

<u>Problemlagen</u>

Der Mangel an bedarfsgerechtem Wohnraum ist auch für die Bevölkerungsgruppe der Alleinerziehenden ein Grundproblem. "Bedarfsgerecht" scheint in diesem Fall jedoch häufiger mit "bezahlbar" übersetzt zu werden. Besonders schwierig wird es für Alleinerziehende mit vielen Kindern, da in dieser Konstellation nicht nur eine bezahlbare, sondern auch eine entsprechend große Wohnung gebraucht wird. Wohnungen dieser Art sind jedoch in Dinslaken nicht ausreichend vorhanden.

Finden Alleinerziehende dennoch eine für sie bezahlbare und angemessene Wohnung, sehen sie sich nach Auskunft einiger Befragter teilweise Vorbehalten potentieller VermieterInnen gegenüber (z.B. hinsichtlich der finanziellen Situation/ALG II Bezug oder der vielen Kinder), die die Erfolgsaussichten auf einen neuen Mietvertrag deutlich schmälern.

Haben Alleinerziehende nach langer Wohnungssuche dann doch Erfolg, stehen sie mitunter vor weiteren Problemen bzw. Fragen: Wie und mit wem organisiere ich den Umzug? Wie finanziere ich den Umzug und kann ich die Kaution aufbringen? Gerade bei einer finanziell eher schwachen Klientel steigt hier auch die Gefahr der Verschuldung, weil man die Wohnung unbedingt haben möchte.

Überdies befinden sich gerade die für finanzschwache Alleinerziehende bezahlbaren und von der Fläche her angemessenen Wohnungen oftmals in einem unbekannten und subjektiv schlechter empfundenen Umfeld. Die für diese Alleinerziehenden wiederholt berichtete, eingeschränkte Mobilität (z.B. kein Führerschein und eigener PKW) kann dann weitere Teilhabeeinbußen mit sich bringen. Das neue Umfeld erfordert es nämlich, sich neue Kontakte aufzubauen, die Strukturen neu zu erschließen, schlicht: Sich zurechtzufinden. Dies stellt sich gerade für Personen, die sowieso schon häufig allein vor den "Hürden des Alltags" stehen, als besonders schwierig dar. In der Folge steigt die Gefahr von Überforderung und Frust. Beides kann dauerhaft zu psychischen Problemen führen, welche sich dann auch auf die Kinder auswirken.

Entsprechende Wohnungen, deren Kosten im Rahmen der Angemessenheit vom Jobcenter übernommen werden, liegen nicht nur häufig in einem vergleichsweise schlechteren und unbekannten Umfeld. Sie weisen darüber hinaus manchmal auch Mängel auf, mit denen sich die Alleinerziehenden dann arrangieren müssen (z.B. Schimmelbefall). Belastende Konflikte mit VermieterInnen sind in solchen Fällen quasi vorprogrammiert. Auch über gesundheitliche Beeinträchtigungen von Kindern als langfristige Folge von Schimmel in der Wohnung berichteten die Befragten.

Bleibt die Suche nach einer bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnung erfolglos, kann dies zum einen dazu führen, dass Alleinerziehende weitere Abstriche, etwa hinsichtlich der Wohnfläche, hinnehmen, nur um eine neue Wohnung zu beziehen, die nicht den Kostendruck der jetzigen Wohnung verursacht. Dies kann zu einem Familienleben in einer zwar bezahlbaren, aber viel zu kleinen Wohnung führen. Enge und mangelnde Rückzugsmöglichkeiten für Mutter und Kinder sind dann die Basis für zunehmenden Stress für sämtliche Familienmitglieder. Zum anderen führt eine erfolglose Wohnungssuche dazu, dass manchmal alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, in der jetzigen Wohnung zu verbleiben, m.a.W.: Jene Kosten, die zum Verbleib in der jetzigen Wohnung nach der Übernahme des Jobcenters für die angemessene Miete noch bezahlt werden müssen, werden als Eigenbeitrag von den betroffenen Personen selbst erbracht. Dies bedeutet, dass an anderer Stelle, etwa bei den Kindern, gespart werden muss. In diesen Konstellationen steht ein weiteres Mal die Gefahr der Verschuldung im Raum.

Möglichkeiten zur Unterstützung

Wenn man bedenkt, wie herausfordernd bereits der Alltag mit Kindern für eine Familie mit zwei Elternteilen ist, wird klar, was Alleinerziehende tagtäglich leisten und leisten müssen. Sie tragen häufig die alleinige Verantwortung für die Familie. Gerade für Alleinerziehende mit geringem Einkommen und geringen Qualifikationen ist dies eine große Last. Wichtig ist daher nach Auskunft der Befragten für diese Bevölkerungsgruppe vor allem Entlastung im Alltag.

Um nicht nur bei der Wohnungssuche, sondern auch bei allen weiteren wichtigen Schritten im Zusammenhang mit einer neuen Wohnung Entlastung zu bieten, schlagen einige Befragte vor, einen "Wohnraumcoach" speziell für die Bedarfe von Alleinerziehenden zu installieren. Dieser könnte sich etwa der Wohnraumakquise, der Organisation des Umzugs oder

der Abwicklung des Altwohnraumes widmen. In die gleiche Richtung geht der Vorschlag, ein spezielles Beratungsangebot zur "Wohnungssuche bei Alleinerziehenden" zu entwickeln.

Auch im Zusammenhang mit Alleinerziehenden wird die weitere Förderung ehrenamtlicher Unterstützungsprojekte und –netzwerke vorgeschlagen. Erste gute Ansätze wie etwa die Projekte "Familienpaten" oder "Wellcome" bestehen bereits und sollten ausgeweitet werden.

Um die Mobilität gerade finanzschwacher Alleinerziehender zu erhöhen, müsste nach Ansicht der Befragten auch der ÖPNV im Sinne von weiteren Vergünstigungen für Fahrtickets verbessert werden.

Zur weiteren Entlastung von Alleinerziehenden würden auch Lockerungen bei den Auflagen im Rahmen der Übernahme der Kosten der Unterkunft beitragen. Hier ist es nach Aussage einiger Befragten dringend geboten, die Härtefallregelung großzügiger anzuwenden, um weiteren Schaden, etwa bei Familien mit einem Elternteil und Multiproblemlagen, zu vermeiden. Für diese Familien etwa sollte die Möglichkeit bestehen, weiterhin in einer aus Sicht der Behörde unangemessenen Wohnung zu verbleiben.

Von Seiten der Befragten wurden auch Ideen zur Unterstützung aufgezeigt, die eher der Hilfe zur Selbsthilfe dienen. Als Beispiel wurde ein Handwerkerkurs für Alleinerziehende genannt, um anfallende Kosten für Kleinstreparaturen sparen und zudem ein Mehr an Selbstwertgefühl aufbauen zu können. Dies wäre ein niedrigschwelliges Angebot, um die Menschen zu erreichen, ohne sie direkt als "Betroffene" zu stigmatisieren. Auch der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung wurde benannt. Denn ohne Betreuungsplatz lässt sich nur schwer ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis realisieren bzw. überhaupt eine Arbeit aufnehmen.

Mit Blick auf innovative Wohnprojekte wurde auch das Mehrgenerationenwohnen vorgeschlagen, welches im besten Fall alte und junge Menschen, ggfs. Alleinerziehenden-Haushalte, unter einem Dach vereint und gegenseitig voneinander profitieren lässt.

Menschen mit Fluchthintergrund

<u>Problemlagen</u>

Auch für die Menschen mit Fluchthintergrund besteht in Dinslaken eine grundlegende Problematik darin, dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Nach Auskunft der Befragten liegen die konkreten Bedarfe der Menschen mit Fluchthintergrund in erster Linie im Bereich der Wohnungen für Alleinstehende sowie für große Personenhaushalte mit sechs bis acht Personen.

Besonders bedeutsam ist in diesem Kontext die oftmals bestehende Sprachbarriere. Bereits die Wohnungssuche über die unterschiedlichen Kanäle (einschlägige Wohnungsportale, Zeitungen, Aushänge etc.) ist mit mangelnden deutschen Sprachkenntnissen sehr schwierig. Ist man dennoch erfolgreich, besteht der nächste Schritt zumeist darin, entsprechende Dokumente bei potentiellen VermieterInnen vorzulegen. Gerade bei "großen" Vermietern gibt es nach Aussage einiger Befragter Auflagen, die von potentiellen MieterInnen erfüllt werden müssen (z.B. Schufa-Auskunft). Vor allem bei Menschen mit geringen Deutschkenntnissen, die zudem über keinerlei bzw. sehr wenige Erfahrungen bei der Wohnungssuche bzw. Bewerbung für eine Wohnung in Deutschland verfügen, gelingt dieser Schritt ohne entsprechende Begleitung häufig nicht. Und selbst wenn es gelingt, einen Mietvertrag zu unterschreiben, müssen im Anschluss daran weitere Schritte zurückgelegt werden (Abschluss von Versicherungen, Stromanbieter suchen).

Das Thema "Vorbehalte von VermieterInnen" wurde ebenfalls als bedeutendes Problem für Menschen mit Fluchthintergrund benannt. Diese Vorbehalte richten sich zum einen auf mangelnde Sprachkenntnisse. Zum anderen gibt es auch ausgeprägte religiöse und kulturelle Vorbehalte seitens potentieller VermieterInnen. Selbst wenn die Kontaktaufnahme durch Fachkräfte oder Ehrenamtliche erfolgt, wird zu Beginn des Gespräches häufig die Frage "Suchen Sie für sich?" gestellt. Bei Verneinung dieser Frage ist das Gespräch oft sehr schnell beendet.

Auch wenn es in den letzten Jahren bereits in hohem Maße durch die Anstrengungen der beteiligten Akteure gelungen ist, Wohnraum für Menschen mit Fluchthintergrund zu finden: Der mangelnde Wohnraum in Dinslaken sowie die aufgezeigten Probleme bei der Wohnungssuche führen weiterhin dazu, dass viele Menschen mit Fluchthintergrund im Übergangsheim an der Fliehburg verbleiben müssen, obwohl sie aufgrund ihres sicheren Status ausziehen könnten. Diese Situation stellt eine psychische Herausforderung für die Menschen dar, die schlimmstenfalls psychische Erkrankungen wie etwa eine Sucht nach sich zieht. Auch führt die bloße Tatsache, weiterhin in einem Übergangswohnheim wohnen zu müssen, bei einigen der BewohnerInnen mit sicherem Aufenthaltsstatus dazu, dass sie weiterhin Angst vor Abschiebung haben. Menschen in der Fliehburg fällt es insgesamt schwerer, zur notwendigen Ruhe zu kommen, da hier viele Menschen aus vielen unterschiedlichen Kulturkreisen auf vergleichsweise engem Raum leben. Gerade jene, die bereits einer Arbeit nachgehen oder etwa in die Schule gehen, benötigen Ruhe, um zu regenerieren. Jene, die konzentriert und in Ruhe an ihrer Zukunft arbeiten möchten, haben es dahingehend ebenfalls nicht einfach. Insgesamt stellen der mangelnde Wohnraum für die Menschen aus der Fliehburg und der gewissermaßen zwangsläufige dortige Verbleib ein großes Integrationshemmnis dar.

In den Gesprächen wurde als weiteres Problem für einen Teil der Bewohner die mangelnde Barrierefreiheit an der Fliehburg benannt.

Und dennoch: Sämtliche Befragten beschreiben die gemeinsame Arbeit sowie die Situation der Menschen mit Fluchthintergrund in Dinslaken unter den gegebenen Umständen als durchaus positiv, auch im Vergleich zu anderen Kommunen.

Möglichkeiten zur Unterstützung

Mit Blick auf neu zu schaffenden Wohnraum bringen einige Befragte eine Belegungsquote speziell für Menschen mit Fluchthintergrund ins Spiel. Dies könnte die Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration verbessern. Zusätzlich würden damit die Erfolgsaussichten der Menschen mit Fluchthintergrund für eine neue Wohnung gesteigert werden. Ob eine derartige Quote jedoch umsetzbar ist, bleibt fraglich. Überdies wird eine Mietpreiskontrolle ins Spiel gebracht, um (Wohn)Kostensteigerungen zu vermeiden. Für das Übergangsheim an der Fliehburg sollte auch der Aspekt der Barrierefreiheit nochmals thematisiert werden.

Die meisten der Vorschläge beziehen sich auf die Erhöhung der Chancen der Menschen mit Fluchthintergrund bei der Wohnungssuche. Da diese auch durch Vorbehalte seitens potentieller VermieterInnen sehr gering sind, wurden unterschiedliche Formate zum Thema Antidiskriminierung vorgeschlagen (z.B. Kampagnen und Projekte).

Um die Menschen mit Fluchthintergrund aus der Fliehburg möglichst optimal auf die ersten eigenen vier Wände in Deutschland vorzubereiten, sprachen sich einige Befragte für ein Projekt "Vorbereitungswohnen" aus. Dies könnte in einem leerstehenden Haus der Fliehburg stattfinden. Der Teilnahmenachweis könnte die Chancen, eine Wohnung zu bekommen, möglicherweise steigern.

Um auf die Herausforderung "Eigene Wohnung" vorzubereiten, gab und gibt es bereits entsprechende Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen (z.B. Mülltrennung; Abschluss Telefon-, Stromverträge etc.). Zur Optimierung des Lernerfolgs sollten künftige Veranstaltungen auch in den gängigen Fremdsprachen durchgeführt werden. Parallel dazu muss über Sprachkurse und –projekte weiter an der Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse gearbeitet werden.

4. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Zusammenfassung

Gesamtstädtische Rahmenbedingungen

- Die Bevölkerungszahlen in Dinslaken insgesamt sind im Zeitraum der letzten fünf Jahre durchaus stabil und pendeln um rund 68.500 EinwohnerInnen (Stand 2018: 68.446).
- Die Anzahl der 0- bis unter 25-Jährigen hat sich im Vergleich zum Jahr 2014 um gut 3% bzw. rund 420 Personen reduziert. Steigerungen ergeben sich bei den 0- bis 2-Jährigen (13%) sowie den 3- bis 5-Jährigen (12%). Bei den älteren Altersklassen hingegen zeigen sich zum Jahr 2014 sinkende Zahlen (19- bis 24-Jährige: 11%; 16- bis 18-Jährige: 9%; 10- bis 15-Jährige: 3,5%).
- Die Entwicklung der Altersklassen der über 65-Jährigen ist bemerkenswert: Gerade die Altersklassen der 80 Jahre und älteren sowie der 65- bis 69-Jährigen sind zwischen den Jahren 2014 und 2018 sehr stark angestiegen (25% / +950 bzw. rund 24% / +870).
- Im Vergleich zum Jahr 2014 wird die Bevölkerung in Dinslaken bis 2040 insgesamt um rund 3% bzw. rund 1.900 EinwohnerInnen zurückgehen. Aber: Die Altersklasse der älter als 75-Jährigen im Prognosezeitraum bis 2040 soll laut Prognose um 68% bzw. 5.300 Personen ansteigen.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dinslaken ist in den letzten Jahren stetig angestiegen (Stand 2017: 24.832).
- Im Jahr 2018 ist die Arbeitslosenrate in Dinslaken insgesamt mit 5,4% so niedrig wie nie zuvor im Zeitraum von 2014 bis 2018.
- Die Entwicklung der SGB II-Quote in Dinslaken ist relativ stabil und pendelt um die 11%. Sie liegt damit etwas unter dem Landesdurchschnitt.

Die Anzahl der Zuzüge überwiegt in Dinslaken kontinuierlich die Anzahl der Fortzüge.
 Dinslaken war und ist eine Zuzugsstadt.

Sozialstrukturelle Ungleichheiten in den Dinslakener Siedlungsbezirken

- Die für die Dinslakener Siedlungsbezirke erstellten Ortsprofile weisen große sozialstrukturelle Unterschiede aus.
- Betrachtet man die Siedlungsbezirke in Dinslaken auf Grundlage eines Indexes hinsichtlich ihrer sozialen Belastungen und entsprechender Unterstützungsbedarfe zeigt sich ein "altbekanntes" Bild: Die Siedlungsbezirke Lohberg, Innenstadt und Blumenviertel weisen mit einigem Abstand die höchsten Indexwerte auf.

Vertiefungsthema: Wohnen in Dinslaken (Ergebnisse aus dem HK Wohnen und weitergehende Befunde)

- Der Wohnungsbestand in Dinslaken ist seit 2010 stetig gewachsen. Im Jahr 2016 beträgt er 33.476 Wohnungen. Die meisten dieser Wohnungen, gut die Hälfte, sind in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten errichtet worden. Der Anteil an Ein- und Zweizimmerwohnungen liegt unter 10%.
- Der Wohnungsleerstand in Dinslaken liegt bei unter 3% und somit unter dem Landesniveau.
- Die durchschnittliche Angebotsmiete in Dinslaken (6,29 EUR/m²) im Marktsegment der freifinanzierten Mietwohnungen zeigt ein höheres Niveau als in den unmittelbaren Nachbargemeinden. In diesem Segment ist eine deutliche Preissteigerung zu verzeichnen (2012: 5,94 EUR/m²; zweites Quartal 2017: knapp unter 7 EUR/m²).
- Die Nachfrage im freifinanzierten Wohnungsteilmarkt ist insgesamt hoch und relativ gleichmäßig auf die unterschiedlichen Preisklassen verteilt. Ungleichmäßig ist die Nachfrage hinsichtlich der Größenklassen: Hier besteht der größte Bedarf an Wohnungen ab 85m², eher unterdurchschnittlich interessant sind Wohnungen zwischen 50m² und 75m². Das Angebot an Wohnungen ab 85m² beläuft sich jedoch nur auf

25% aller angebotenen Wohnungen, wohingegen Wohnungen zwischen 50m² und 75m² rund 40% ausmachen.

- Den vergleichsweise hohen Mieten am westlichen und östlichen Stadtrand stehen deutlich günstigere Mieten in der nördlichen Innenstadt gegenüber.
- In Dinslaken gibt es in den letzten Jahren eine stabile Nachfrage im preiswerten bzw.
 preisgebundenen Wohnungssegment.
- Der Kreis der Anspruchsberechtigten auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) umfasst deutlich mehr Personen als lediglich Bezieher von Transferleistungen. Für eine alleinstehende Person liegt die Einkommensgrenze zur Erteilung eines WBS derzeit bei einem Jahresnettoeinkommen von 19.350 € (monatlich rund 1.600 €). So haben etwa RentnerInnen mit einer durchschnittlichen Rente i.d.R. Anspruch auf einen WBS.
- Im Jahr 2016 gibt es in Dinslaken 2.491 Wohnungen (2.170 Miet- und 321 Eigentumswohnungen) im geförderten Segment (Anteil von 7% am Gesamtbestand). Seit 2007 sinkt der Bestand im geförderten Segment stetig (2007 war dieser doppelt so hoch wie 2016). Zum Stichtag 18.04.2019 liegt die Anzahl öffentlich geförderter Mietwohnungen in Dinslaken bei 2.025.
- In Hiesfeld (567) und Lohberg (532) finden sich mehr als die Hälfte der öffentlich geförderten Wohnungen Dinslakens. Pro 100 Einwohner finden sich die meisten dieser Wohnungen in Lohberg (9), die wenigsten in Oberlohberg (0).
- Bis zum Jahr 2030 kann insgesamt von einem Wohnungsbedarf von 1.864 Wohneinheiten ausgegangen werden.

Vertiefungsthema: Wohnen in Dinslaken (Herausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten für ausgewählte Bevölkerungsgruppen)

 Der Mangel an (bezahlbaren) barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen in Dinslaken ist ein Grundproblem für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.

- Die (zunehmend) eingeschränkte Mobilität dieser Menschen stellt sie im Alltag sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wohnung (unmittelbares Wohnumfeld) vor große Herausforderungen.
- Menschen mit geistiger Behinderung haben mit Vorbehalten von potentiellen VermieterInnen zu kämpfen.
- Der Mangel an bedarfsgerechtem, in erster Linie bezahlbarem Wohnraum ist auch für die Bevölkerungsgruppe der **Alleinerziehenden** ein Grundproblem.
- Auch Alleinerziehende sehen sich teilweise Vorbehalten potentieller VermieterInnen gegenüber.
- Um eine neue Wohnung zu beziehen, die nicht den Kostendruck der jetzigen Wohnung verursacht, nehmen Alleinerziehende weitere Abstriche, z.B. bezüglich der Wohnfläche, in Kauf.
- Eine Alternative dazu ist für manche Alleinerziehende der Verbleib in der jetzigen, aber zu teuren Wohnung. Dieser Verbleib wird finanziert, in dem "irgendwie" an anderer Stelle gespart wird oder Verschuldung eintritt.
- Die konkreten Wohnungsbedarfe der Menschen mit Fluchthintergrund zeigen sich in erster Linie im Bereich der Wohnungen für Alleinstehende sowie für große Personenhaushalte mit sechs bis acht Personen.
- Ein großes Problem bei der Wohnungssuche ist die weiterhin bestehende Sprachbarriere. Es bestehen auch Vorbehalte von potentiellen VermieterInnen.
- Viele Menschen mit Bleibeperspektive müssen aufgrund zu weniger Wohnungen im Übergangsheim an der Fliehburg verbleiben. Dort fällt es schwerer, zur notwendigen Ruhe zu kommen.

Handlungsempfehlungen auf Grundlage der quantitativen Befunde

Aus den quantitativen Befunden der vorangehenden Kapitel lassen sich folgende Empfehlungen ableiten:

- Schaffung von neuem barrierefreien und bezahlbaren, insbesondere auch öffentlich geförderten Wohnraum.
- Einer weiteren Segregation im Stadtgebiet sollte entgegengesteuert werden gerade auch über die künftige Verortung von öffentlich gefördertem Wohnraum. Öffentlich geförderter Wohnraum sollte aufgrund der im Vergleich der Siedlungsbezirke sowohl geringeren Potentiale sozialer Belastung als auch geringeren Anzahl an vorhandenen öffentlich geförderten Wohnungen pro 100 Einwohner zunächst in Oberlohberg, Feldmark / Bruch, im Averbruch und in Eppinghoven entstehen.
- Die drei Siedlungsbezirke Lohberg, Innenstadt und Blumenviertel sollten aufgrund ihres hohen Förderbedarfs eine höhere Förderung erhalten als die anderen Siedlungsbezirke in Dinslaken ("Ungleiches ungleich behandeln!").

Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Interviews

Bei den Handlungsempfehlungen auf Basis der Interviews wird unterschieden in kurz- und mittelfristig umsetzbare Empfehlungen sowie in Vorschläge, die noch eingehender zu prüfen sind.

Ältere Menschen und Menschen mit Behinderung

Kurz-/Mittelfristig

 Bei Neubauten muss dem spezifischen Bedarf älterer Menschen und Menschen mit Behinderung nach barrierefreien Wohnungen entsprochen werden. Auch die Möglichkeit, alltägliche Bedürfnisse selbstständig im unmittelbaren Umfeld erledigen zu können, sollte bei Neubauprojekten mitbedacht werden.

- Neben neu zu schaffendem Wohnraum ist auch die Ertüchtigung des Wohnbestandes eine wichtige Maßnahme für mehr bedarfsgerechten Wohnraum. Damit könnte
 auch dem Wunsch vieler älterer Menschen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu bleiben, stärker Rechnung getragen werden.
- Entwicklung und Einrichtung einer "Wohnungstauschbörse", um eine bedarfsgerechtere Verteilung von Wohnraum zu erreichen.
- Stadtteilorientierung als wichtiges Handlungsprinzip weiter umsetzen.
- Entwicklung neuer Konzepte zur Versorgung immobiler Personenkreise (z.B. aufsuchende und bedarfsgerechte Lieferdienste von Supermärkten, Bäckereien etc.).
- Die weitere Stärkung und Förderung ehrenamtlicher Unterstützungsnetzwerke und –
 projekte ist im Rahmen der Altenplanung anzustreben. Wichtig sind dabei die drei
 "Bs" aus Begleiten, Besuchen und Begegnen.
- Entwicklung und Durchführung von Aufklärungskampagnen und –projekten zum Abbau von Vorbehalten gegenüber geistig behinderten Menschen (Behindertenbeauftragte Lebenshilfe).

Noch zu prüfende Vorschläge

- Einrichtung von QuartiersansprechpartnerInnen, die beraten und zuhören, die Dinge anregen und Hilfe zur Selbsthilfe geben können. Die Quartiere sind eher klein zu wählen, da ein hohes Maß an Vertrauens- und Beziehungsarbeit geleistet werden muss.
- Schaffung von Begegnungsräumen zu unterschiedlichen Nutzungszwecken (Angebot klassischer und neuer Veranstaltungsformate wie aufsuchender Vereinsarbeit)
 nach dem Motto "Soziale Kontakte halten die Leute fitter als jeder Arztbesuch!".
- Einrichtung kommunaler (Fahr)gutscheinsysteme zur Verbesserung der Teilhabe immobiler und alleinstehender Personenkreise sowie ihrer Begleitpersonen.

Alleinerziehende

Kurz-/Mittelfristig

- Weiterer Ausbau der Kindertagesbetreuung, um die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme zu schaffen.
- Weitere Stärkung und Förderung (ehrenamtlicher) Unterstützungsprojekte und netzwerke im Rahmen der Frühen Hilfen.
- Planung und Durchführung von Kursen/Projekten mit dem Ziel der "Hilfe zur Selbsthilfe" (z.B. Handwerkerkurs), um auf diese Weise Kosten sparen und ein Mehr an Selbstwertgefühl aufbauen zu können.

Noch zu prüfende Vorschläge

- Entwicklung und Umsetzung innovativer Wohnprojekte zur Entlastung alleinerziehender Personen (z.B. Mehrgenerationenwohnen).
- Einrichtung eines Familienbüros im Sinne einer dauerhaften und niedrigschwelligen Anlaufstelle mit Lotsenfunktion zur persönlichen Informationsweitergabe und entsprechender, bedarfsgerechter Vermittlung zu AnsprechpartnerInnen, Trägern, Angeboten sowie familienbezogenen Leistungen.
- Installation eines "Wohnraumcoaches" für Alleinerziehende zur umfänglichen Unterstützung etwa bei der Wohnraumakquise, der Organisation des Umzugs oder der Abwicklung des Altwohnraumes.

Menschen mit Fluchthintergrund

Kurz-/Mittelfristig

- Fortführung und Weiterentwicklung von Sprachkursen und –projekten zur Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse (Bildungskoordination für Neuzugewanderte, Integrationsbeauftragter).
- Entwicklung und Durchführung von Veranstaltungen zum Thema Antidiskriminierung (Kampagnen, Projekte), um in Bezug auf Menschen mit Fluchthintergrund aufzuklären, zu sensibilisieren und Skepsis bei potentiellen VermieterInnen abzubauen.

Noch zu prüfender Vorschlag

• Entwicklung und Durchführung eines Projektes "Vorbereitungswohnen" an der Fliehburg, um die Chancen von Menschen mit Fluchthintergrund auf eine Wohnung zu steigern (Caritasverband).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Altersaufbau der Dinslakener Bevölkerung im Jahr 2018 (Stichtag 31.12.) nach Altersjahren	١,
Geschlecht und Migrationshintergrund	7
Abbildung 2: Bevölkerung in Dinslaken im Jahr 2018 nach Siedlungsbezirken (absolut und in % bezogen	
die Gesamtbevölkerung der Stadt) (Stichtag 31.12.)	8
Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung in Dinslaken (Stichtag 31.12.)	9
Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in Dinslaken (Stichtag 31.12.) nach ausgewählten Altersgruppen	
	10
Abbildung 5: Bevölkerungsentwicklung in Dinslaken (Stichtag 31.12.) nach ausgewählten Altersgruppen i	
65 Jahren	
Abbildung 6: Entwicklung der Bevölkerung über 65 Jahren in Dinslaken nach Geschlecht	
Abbildung 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Dinslaken im Zeitverlauf (Stichtag 31.12.)	
Abbildung 8: Arbeitslosenrate in Dinslaken im Zeitverlauf und nach Geschlecht	
Abbildung 9: SGB II-Quoten in Dinslaken, im Kreis Wesel und in NRW im Zeitverlauf in %	
Abbildung 10: Wanderungsbewegungen in Dinslaken im Zeitverlauf (Stichtag 31.12.)	
Abbildung 11: Gesamtstädtische Werte ausgewählter Kennzahlen	
Abbildung 12: Ortsprofil Innenstadt	
Abbildung 13: Ortsprofil Averbruch	
Abbildung 14: Ortsprofil Hagenviertel	
Abbildung 15: Ortsprofil Eppinghoven	
Abbildung 16: Ortsprofil Lohberg	
Abbildung 17: Ortsprofil Blumenviertel	
Abbildung 18: Ortsprofil Feldmark/Bruch	
Abbildung 19: Ortsprofil Oberlohberg	
Abbildung 20: Ortsprofil Hiesfeld	
Abbildung 21: Abweichungen vom jeweiligen gesamtstädtischen Wert (Wert Gesamtstadt = 100)	
Abbildung 22: Index sozialer Belastung nach Siedlungsbezirken	37
Abbildung 23: Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen in Dinslaken nach Siedlungsbezirken (Stichtag	
18.04.2019)	44
Abbildung 24: Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen pro 100 EinwohnerInnen in Dinslaken nach	
Siedlungsbezirk	45
Abbildung 25: Öffentlich geförderte Wohnungen in Dinslaken nach Zweckbestimmung	46